

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands  
sowie der  
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipfer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Rosenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Zeitungs-ober deren Raum 30, 4.

Inhalt: Eine Blutschuld des preussischen Dreiklassenhauses. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Das Echo. Bekanntmachung des Verbandes. Vorstands. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen zc. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Zentralverband der Maurer Deutschlands.

### Der zehnte (ausserordentliche) Verbandstag

wird hiermit auf Grund des Statuts einberufen. Der-  
selbe findet statt am

**Sonntag, 30. August, 7 Uhr abends,**  
und folgende Tage

zu **Hannover im Gesellschaftshaus „Lindenhof“.**

Die Tagesordnung ist vorbehaltlich der Ge-  
nehmigung des Verbandstages, wie folgt festgesetzt:

1. Berichte:
  - a) des Verbandsvorstandes;
  - b) der Revisoren;
  - c) des Ausschusses;
  - d) der Redaktion des „Grundstein“.
2. Bericht vom Gewerkschaftskongress zu Hamburg 1908.
3. Bericht vom internationalen Arbeiterkongress.
4. Bericht von der internationalen Maurerkonferenz.
5. Beratung der auf Statutenänderung vorliegenden Anträge.
6. Lohnbewegung und Tarifverträge.
7. Festlegung des Verbandsvorortes und Regelung der Bureaufrage für die Zentrale des Verbandes.
8. Einführung neuer Mitgliederlegitimationen.
9. Beratung der Anträge, soweit dieselben nicht bei den vorhergehenden Punkten erledigt sind.
10. Wahl des Verbandsvorstandes, der Revisoren zc.

Anträge für den Verbandstag müssen bis zum  
**22. Juni 1908**

an den Verbandsvorstand eingekandt werden; sie sind  
vom Vorsitzenden und von zwei weiteren Mitgliedern  
des Zweigvereinsvorstandes zu unterschreiben.

Einzelmitglieder im Königreich Sachsen und in  
Elsaß-Lothringen haben etwaige Anträge bei dem Ver-  
trantensmann ihres Ortes einzureichen, der dieselben  
ebenfalls bis zum obigen Datum dem Verbandsvorstand  
einzureichen hat.

Für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag  
find das Wahlreglement und die Wahlkreiseinteilung  
maßgebend; beides ist in dieser Nummer des „Grundstein“  
abgedruckt.

Der Ausschuss.

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Aug. Dachne.

S. A.: Th. Bömelburg.

### Eine Blutschuld des preussischen Dreiklassenhauses.

Von schwersten haben unter der Dreiklassenwirtschaft in  
Preußen die Bauarbeiter zu leiden. Das kommt daher,  
weil die Durchfügung der Bauarbeiter-Schutzvorschriften  
fast ganz von dem guten Willen der Landesverwaltung  
abhängt. Nach der Gewerbeordnung ist die Aufsicht über

die Ausführung der Arbeiterschutzvorschriften „besonderen  
von der Landesregierung zu ernennenden Beamten“ — den  
Gewerbeinspektoren — zu übertragen. Diese Bestimmung  
gilt aber nicht für Bauten. Demnach haben die  
Landesverwaltungen selbst zu entscheiden, ob sie in ihrem  
Lande besondere Beamte zur Ueberwachung der Bauten  
hinsichtlich der Durchführung der Bauarbeiter-Schutzvor-  
schriften anstellen oder nicht.

Allerdings schreiben die Unfallversicherungsgesetze auch  
den Bauwerks-Versicherungsgesellschaften vor, für die Durch-  
führung der von ihnen erlassenen Unfallverhütungsvor-  
schriften zu sorgen. Sie sind befugt, durch technische Auf-  
sichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen  
erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Ein-  
richtungen der Betriebe Kenntnis zu nehmen. Es haben  
dann auch von den Bauwerks-Versicherungsgesellschaften, die  
sich entweder ganz oder zum Teil auf preussisches Gebiet  
erstrecken, im Jahre 1906 — dem letzten, für das genaue  
Zahlen vorliegen — beschäftigt:

die Hamburgische mit 11117 Betrieben 7 techn. Aufsichtsbeamte	
„ Norddeutsche „ 22977 „ 22 „ „ „	
„ Schlesisch-Polen. „ 8455 „ 5 „ „ „	
„ Hannoverische „ 14325 „ 4 „ „ „	
„ Magdeburgische „ 6431 „ 3 „ „ „	
„ Sächsisch-Masch. „ 14209 „ 8 „ „ „	
„ Rheinisch-Westfäl. „ 25565 „ 9 „ „ „	

Hiernach kommen durchschnittlich auf jeden technischen  
Aufsichtsbeamten

bei der Hamburgischen V.-B.-G. 1588 Betriebe	
„ Norddeutsche „ 1044 „	
„ Schlesisch-Polen. „ 1691 „	
„ Hannoverische „ 3551 „	
„ Magdeburgische „ 2143 „	
„ Sächsisch-Masch. „ 1776 „	
„ Rheinisch-Westfäl. „ 2840 „	

Am günstigsten ist das Verhältnis bei der Norddeutschen  
Bauwerks-Versicherungsgesellschaft: 1044 Betriebe durch-  
schnittlich auf jeden technischen Beauftragten. Jedoch muß  
berücksichtigt werden, daß auf der einen Seite die meisten  
Betriebe während der Bauzeit an mehreren Bau-  
ten, oft genug an einer größeren Zahl Bauten, zu gleicher  
Zeit arbeiten lassen und daß jeder einzelne Bau wieder  
holt kontrolliert werden muß, daß dagegen fast alle  
technischen Aufsichtsbeamten auch als Rechnungsbeamte  
tätig sind, daher nur einen Teil ihrer Zeit auf die Be-  
aufsichtigung der Arbeiterschutz-Maßnahmen verwenden  
können. Unter diesen Umständen ist es ausgeschlossen, daß  
die wenigen technischen Aufsichtsbeamten der Berufs-  
genossenschaften die vielen Bauten so gründlich kontrollieren  
können, wie es notwendig ist. Dazu kommt, daß diese  
Beamten von den in den Berufsgenossenschaften maß-  
gebenden Unternehmern abhängig sind. Wie sollen diese  
Beamten es wagen, als Aufsichtsbeamte gegen ihre eigenen  
„Vorgesetzten“ ernsthaft vorzugehen? Daher ist es nur zu  
sehr begreiflich, daß, wie wohl jeder Bauarbeiter aus per-  
sönlicher Beobachtung weiß, die Beaufsichtigung der Bauten  
durch die Beamten Berufsgenossenschaften in jeder  
Beziehung ungenügend ist.

Ganz ebenso verhält es sich mit der Beaufsichtigung  
der Bauten durch die „gewöhnlichen“ Polizeibeamten. Diese  
sind so sehr mit anderen Arbeiten überlastet und ver-  
stehen so wenig von den besonderen Verhältnissen  
der Bauarbeiter, daß sie sich als Retter in der Not auf den  
Bauten ganz und gar nicht betätigen können. Es fehlt  
daher in Preußen eine wirklich gründ-  
liche Beaufsichtigung der Bauten. Die un-  
vermeidliche Folge davon ist, daß auf den Bauten vielfach  
die wichtigsten Schutzvorrichtungen unbeachtet bleiben, und  
daß sich nur zu oft schwere Unfälle ereignen, die durch  
bessere Schutzvorrichtungen hätten vermieden werden  
können. So verunglückten in den oben angeführten Be-  
rufsgenossenschaften von den verletzten Personen, für die  
im Laufe des Jahres 1906 zum ersten Male Unfalls-  
schädigungen gezahlt worden sind,

1808 Personen infolge von Zusammenbruch, Einsturz,  
Gerab- und Umfallen von Gegenständen,

2186 Personen durch Fall von Leitern, Treppen usw.,  
aus Höhen usw., in Vertiefungen, auf ebener Erde.

Hier kann durch bessere Unfallverhütungsmaßnahmen  
noch viel Unglück verhindert, noch vielen Bauarbeitern  
Leben und Gesundheit erhalten werden.

Ganz dasselbe gilt von dem Schutze der Bauarbeiter  
gegen die sogenannten Berufskrankheiten. Die verderbliche  
Wirkung der gesundheitsgefährlichen Verhältnisse auf den  
Bauten läßt sich nicht genau in Zahlen feststellen. Jedoch  
ist es sicher, daß infolge der Berufskrankheiten viele Bau-  
arbeiter vor der Zeit zu grunde gehen. Durch eine bessere  
Bautenkontrolle könnte manche Gesundheitsgefahr von den  
Bauarbeitern ferngehalten werden und mancher Bau-  
arbeiter noch auf Jahre hinaus seiner Familie erhalten  
bleiben.

Daher haben die Klassenbewußten Bauarbeiter sich mit  
gutem Grunde ganz besonders die Sorge für eine bessere  
Bautenkontrolle angelegen sein lassen. Sie sind schließlich  
auf ihren Schutzkongressen zu folgenden Forderungen ge-  
langt: Die Ueberwachung der Bauten hat durch besondere  
Beamte zu erfolgen, die mit dem Baubetrieb vollständig  
vertraut sind und von der öffentlichen Verwaltung an-  
gestellt werden. Den Beamten sollen in allen größeren  
Städten und in den aus den kleineren Orten zu bildenden  
Bezirken praktisch erfahrene Arbeiter als Hilfsbeamte bei  
der Bautenkontrolle zur Seite gegeben werden. Die Hilfs-  
beamten sind von den beteiligten Bauarbeitern zu wählen  
und vom Staate oder der Gemeinde zu besolden. Die  
Wahl der Hilfsbeamten erfolgt nach dem Modus der Ge-  
werbevereinigungen mit der Maßgabe, daß alle volljährigen  
baugewerblichen Arbeiter wahlberechtigt sind.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Reichs-  
tage diese Forderungen mit allem Nachdruck vertreten und  
die Berechtigung und dringende Notwendigkeit derselben  
ausdrücklich nachgewiesen. Die bürgerlichen Parteien haben  
dann auch in ihrer großen Mehrheit im Reichstage  
ausdrücklich anerkannt, daß diese Forderungen im wesent-  
lichen berechtigt seien.

Trotzdem erklärte die Reichsverwaltung, daß die For-  
derungen nicht vom Reich, sondern von den Einzelstaaten,  
je nach ihren besonderen Verhältnissen, durchgeführt werden  
müßten. Die bürgerlichen Parteien haben es leider, wie  
das bei ihnen üblich ist, wenn es sich „nur“ um Arbeiter-  
forderungen handelt, nicht gewagt, dem Antrage der sozial-  
demokratischen Abgeordneten zu folgen, und die Reichs-  
verwaltung zu zwingen, die Forderungen der Arbeiter  
zu erfüllen. So ist es gekommen, daß die Durchführung der  
Bauarbeiter-Schutzvorschriften fast ganz von dem guten Willen  
der Landesverwaltung abhängt.

In Preußen kam die Frage eines wirklichen Bau-  
arbeiterschutzes erst auf das unermüdlige Drängen der  
beteiligten Arbeiter in Fluß. „Um mit den verrotteten  
Zuständen auf dem Gebiete des gesetzlichen Bauarbeiter-  
schutzes und der polizeilichen Ueberwachung der Bauten im  
preussischen Staate aufzuräumen und die gesetzgebenden  
Faktoren zu einer Reform anzuregen und besonders den  
Bauarbeiter-Schutz mehr von der Willkür der Behörden un-  
abhängig zu machen“, richtete die Bauarbeiter-Schutz-Landes-  
kommission der freien Gewerkschaften in Berlin im Januar  
1901 eine Petition an das Abgeordnetenhaus. In der  
Petition sind die Forderungen der Bauarbeiter an der Hand  
reichhaltigen Materials, das den Erhebungen der Arbeiter  
über die Mißstände auf den Bauten in Preußen und der  
Unfallstatistik der Bauwerks-Versicherungsgesellschaften ent-  
nommen ist, eingehend begründet. Das preussische  
Dreiklassenhaus fand aber nicht die Zeit,  
sich in dem Jahre noch mit der Petition zu  
beschäftigen.

\* Bericht an den zweiten Bauarbeiter-Schutzkongress zu  
Berlin. Von G. Heinke, Sekretär der Zentralkommission.

Im Februar des folgenden Jahres (1902) wandte sich die Landeskommission wiederum mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus. Die Petition gab nicht nur die eingehende Begründung der Arbeiterforderungen, sondern enthielt auch sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge zur Reform der Unfallversicherung bei Bauausführungen. In erster Stelle hatte die Kommission vorgeschlagen, daß die Bauten hinsichtlich der Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften durch besondere Beamte unter Hinzuziehung von Hilfsbeamten aus den Reihen der praktisch erfahrenen Bauarbeiter überwacht werden sollten. Dann folgten Vorschläge, betreffend die Prüfung der Unfallverhütungsbestimmungen bei Bauten, besondere Schutzmaßnahmen zur Verallgemeinerung des Bauarbeiterschutzes, den Gerüstbau und andere Schutzmaßnahmen bei Hochbauten, die Beschäftigung der Frauen und jugendlichen Arbeiter bei den Bauten, Schutzmaßnahmen für die Pfisterer (Steinscher) und sonstige beim Straßenbau beschäftigten Arbeiter, den fittlichen und sanitären Schutz bei Hochbauten, die Verhütung der Schmutz- und Schmutzschäden bei den Arbeiten der Gerüste, Winter- und Frühjahrsarbeiten, Meiberggitter, Schutzmaßnahmen für Tiefbauarbeiten usw. Dieser Petition schlossen sich die Bauarbeiter in 898 Versammlungen, die von ungefähr 40 000 Personen besucht waren, an. Aber auch diese Petition kam in dem Dreiklassenhaus gar nicht zur Beratung.

Auf das Drängen der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz brachten die Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei im Abgeordnetenhaus am 4. März 1903 den Antrag ein: Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeiterschutzes, namentlich zum Zweck wirksamer Unfall- und Krankheitsverhütung vorzulegen. Gegen den Antrag sprach sich der Vertreter der preussischen Regierung, der Ministerialdirektor Schulz, aus: Nach der Ansicht der Regierung könne ein einheitliches Gesetz den großen Verschiedenheiten, die im Rande auf diesem Gebiete herrschen, nicht genügend Rechnung tragen. Daher stimmte der Ministerialdirektor einem Abänderungsantrage des Zentrumsabgeordneten Dr. Schwarze (Lippstadt) zu, nach dem die Regelung des Bauarbeiterschutzes „im Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung“ erfolgen soll. Diese Abänderung faßte der Ministerialdirektor als den Hinweis auf neue Schutzverordnungen für die einzelnen Bezirke auf. In diesem Sinne empfahl er die Annahme des Antrages Schwarze.

Es lag aber auf der Hand, daß der Antrag Schwarze in der Auslegung des Ministerialdirektors so gut wie gar keinen Wert haben konnte. Schon damals gab es einen ganzen Haufen sogenannter Schutzverordnungen, die aber nur auf dem Papier standen. Wenn nach Annahme des Antrages Schwarze noch weitere Verordnungen erscheinen würden — würden sie ebenso wenig wie die früheren Verordnungen in der Praxis beachtet werden. Denn über eine wirksame Bautenkontrolle hatte sich der Ministerialdirektor gar nicht ausgesprochen; und, als er deshalb nachträglich noch einmal ausdrücklich angefragt wurde, blieb er stumm. Nachdem folgten die Dreiklassenherren eifrig der freundlichen Einladung des Ministerialdirektors. Die Freisinnigen fielen zu Gunsten des Antrages Schwarze um, der dann „fast einmütig“ angenommen wurde. Mit dieser Komödie wurde aber der Bauarbeiterschutz in Preußen nicht im geringsten verbessert.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Girsch versuchte zwar am 2. März des nächsten Jahres (1904) wenigstens für einzelne Bezirke einige Verbesserungen durch die Verordnungen, die inzwischen erlassen waren, festzustellen. Er mußte aber dabei zugeben, daß noch vielfach eine genügende Kontrolle der Bauten fehle. Der Vertreter der Regierung, Herr Schulz, der inzwischen zum Unterstaatssekretär aufgerückt war, nahm den Punkt für die — schönen Verordnungen herablassend entgegen und versicherte, die Regierung werde darauf hinarbeiten, „daß die von ihr getroffenen Anordnungen überall und in vollem Umfange zur Ausführung kommen“. Was von diesen großen Worten zu halten ist, zeigt uns die Tatsache, daß noch jetzt, also nach mehr als vier Jahren, die vielen Bauarbeiterschutzverordnungen meistens nicht beachtet werden. Wo aber wirklich Verbesserungen des Bauarbeiterschutzes erreicht worden sind, ist das nicht dem „Gutwillen“ der Regierung, sondern dem Druck der Arbeiterbewegung zu verdanken.

Die Regierung konnte das Versprechen des Unterstaatssekretärs Schulz nicht einlösen, weil sie auf die Forderungen der Arbeiter hinsichtlich der Überwachung der Betriebe nicht eingehen wollte. Darüber ließ Herr Schulz schon in der Debatte am 2. März 1904 keinen Zweifel. Er erklärte: „Was die Frage der Mitwirkung von Arbeitervertretern anlangt, gegen die sich, wie ich beiläufig bemerke, der Deutsche Arbeitgeberbund augenblicklich in einer Petition an das Staatsministerium gewandt hat, so hat die Staatsregierung einstweilen davon absehen zu sollen geglaubt.“ Für die Regierung ist also hier, wo es sich um das Leben und die Gesundheit von Tausenden

von Bauarbeitern handelt, nicht die Rücksicht auf die Arbeiter, sondern das Profitinteresse des Arbeitgeberbundes maßgebend. Das preussische Dreiklassenhaus gab sich mit dieser Stellungnahme der preussischen Regierung zufrieden und machte sich dadurch mit schuld daran, daß auch noch fernerhin infolge ungenügender Schutzmaßnahmen so viele Bauarbeiter Gesundheit und Leben einbüßen müssen.

Im nächsten Jahre, am 4. März 1905, wagte zwar der freisinnige Abgeordnete Dr. Girsch einen schwächlichen Vorstoß; er schlug sich zu der Anfrage auf, welche Anträge auf Anstellung von technischen Aufsichtsbearbeitern gestellt und erfüllt worden seien. Der unbequeme Frager wurde aber mit nichtsagenden Nebenarten abgepeißt. Erst zwei Jahre später, am 18. April 1907, gab die Regierung eine klare Antwort. Die war auch danach. Auf eine Anfrage des freisinnigen Abgeordneten Goldschmidt antwortete der Unterstaatssekretär Dr. Holle. Er mußte zwar zugeben, daß „der Kernpunkt des Schadens“ in der ungenügenden Kontrolle der Bauten liegt. Trotzdem wollte die Staatsregierung von der Heranziehung von Baukontrollen aus dem Arbeiterstand nichts wissen:

„Sie glaubt, daß ohne eine tiefere technische Durchbildung, die dem Arbeiter mangelt, eine nutzbringende Baukontrolle nicht ausübt werden kann. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Bestellung von Kontrollen aus dem Arbeiterstande zur Verschärfung des Gegenstandes zwischen Arbeitgeber und Arbeiter beiträgt.“

Das wagte ein preussischer Unterstaatssekretär zu behaupten, obgleich schon damals sogar die Regierungsvertreter der deutschen Einzelstaaten, in denen die Baukontrollen aus dem Arbeiterstande seit Jahren tätig waren, offiziell bekundet hatten, daß sich die Hilfsbeamten gut bewährt haben. Der Zentrumsabgeordnete Schwarze (Lippstadt) erinnerte daher sofort an die Erfahrungen in Bayern. „Er habe im Reichstage vor einigen Jahren angefragt, wie sich jene Hilfsbeamten bewährt haben. Der bayerische Vertreter habe geantwortet, sie hätten sich gut bewährt. Die große Mehrheit des preussischen Dreiklassenhauses aber wußte davon nichts oder stellte sich wenigstens so: Sie begrüßte die ganz unberücksichtigten „Gründe“ der Regierung gegen „Kontrollen aus dem Arbeiterstande“ mit dem Zuruf: „Sehr richtig! Das begünstigt den konservativen Abgeordneten Hammer so sehr, daß auch er seine Weisheit zum besten gab: Durch die Heranziehung von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter zur Bautenkontrolle würde man „einfach“ das ganze selbständige Baugeschäft lahmlegen; dann würde der Arbeiter, der an und für sich doch die Geschäfte nicht so übersehen kann wie der Unternehmer, der Mut und Kenntnis dazu gehabt hat, um sich selbständig zu machen, das ganze Baugeschäft in die Hände weniger Arbeiterführer bringen und dann darin vollständig kommandieren.“

So klang die letzte Debatte über den Bauarbeiterschutz im preussischen Dreiklassenhaus aus. Ein passender Abschluß; denn sie kennzeichnet in der Tat am besten die Arbeiterfeindschaft der Dreiklassenwirtschaft. Die Arbeiter sollen völlig rechtlos sein. Nicht einmal bei dem Schutz ihres eigenen Lebens und ihrer eigenen Gesundheit sollen sie mitwirken dürfen. Selbst das geringste Recht der Arbeiter verwerfen die Dreiklassenherren als einen Umsturz der jetzigen Ausbeuterordnung. Wenn auch infolge ungenügender Schutzvorrichtungen Tausende von Bauarbeitern einem vorzeitigen Tode und dem elenden Leben eines armen Krüppels überliefert werden, selbst das kann die Dreiklassenherren nicht von ihrem rüchselhaften Ausbeuterstandpunkte abbringen. Für sie ist entscheidend, daß die Arbeiter ganz rechtlos sein müssen, damit sie um so mehr ausgebeutet werden können.

Sogar diejenigen Abgeordneten, die im Abgeordnetenhaus für die Forderungen der Arbeiter eingetreten sind, haben nur eine unschöne Komödie mit den Arbeitern gespielt. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Girsch brachte seinen Antrag zur Regelung des Bauarbeiterschutzes erst in den letzten Tagen der Session 1898—1903 ein, also kurz vor den Neuwahlen. Und er schwächte seinen Antrag mit Hilfe des Zentrums so ab, daß die ganze Aktion nur ein Schlag ins Wasser war. Trotzdem wurde von bürgerlichen Arbeiterfreunden die Annahme des freisinnig-ultramontanen Antrages den Arbeitern als die Gewähr großer Verbesserungen in der nächsten Zukunft angepriesen. — In diesem Jahre, am 1. Februar, hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Pieper, im Abgeordnetenhaus angekündigt: „Wir werden im nächsten Jahre usw. die Frage vorlegen können, . . . ob wir die Baukontrolle der Polizei nehmen und Hilfsbeamten übertragen, die der Gewerbeinspektion unterstellt werden.“ Es können also auch jetzt wieder die Arbeiter mit schönen Versprechungen betört werden, die, soweit es an den bürgerlichen Parteien liegt, niemals erfüllt werden.

Goffentlich lassen sich die Arbeiter aber nicht täuschen. Die Geschichte des Kampfes um den Bauarbeiterschutz lehrt nämlich zur Genüge, daß die Arbeiter von der Dreiklassenwirtschaft nichts Gutes zu erwarten haben. Daher gilt

es für die Arbeiter, alle Kräfte einzusetzen, um bei den bevorstehenden Landtagswahlen möglichst viel sozialdemokratische Stimmen zusammenzubringen. Auf diese Weise protestieren die Arbeiter an Wirtshäusern gegen die schändliche Dreiklassenwirtschaft in Preußen und erwidern es, daß endlich in das Abgeordnetenhaus sozialdemokratische Abgeordnete einzuziehen, die auch von dieser Stelle aus den Kampf gegen die Dreiklassenwirtschaft fortsetzen werden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Krisis und raschere kapitalistische Konzentration. — Die Fusion unter den Berliner Elektrizitätsgesellschaften. — Keine ungemischte Walzwerke. — Textilindustrie in Deutschland und in der Schweiz. — England. — Amerika.

Die rascher als sonst fortschreitende kapitalistische Konzentration kennzeichnet bereits die letzte Niedrigsaison, also die Jahre nach 1900. Gruben und Gärten, Groß- und Kleinbetriebe, von allem aus die Unternehmungen der Elektrizitätsgesellschaften verbanden sich zu den verschiedenartigen Gruppen und Einheiten, teils unter dem Druck der Not, wie sie für viele kapitalistische Betriebe entstanden war, teils aus ruhiger Berechnung, daß man durch Ausdehnung und Wiederverwertung der Konzentration eine Menge Kosten „sparen“ könne und in der Zeit niedergebender Preise auch sparen müsse. Eine ähnliche Bewegung durchläuft jetzt wiederholend, natürlich abermals zum Nutzen derjenigen schon Etappen und Größen.

Bemerkenswert ist hier der neueste Fischzug der kapitalistischen Berliner Elektrizitätsgesellschaften. Die führende Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft unter der Leitung Rathenows war bekanntlich von jeher in Filialgründungen und spekultativen Plänen groß. Diesmal handelt es sich um die Verschmelzung der Berliner Elektrizitätslieferungs-gesellschaft durch die Berliner Elektrizitätswerke, denen seinerzeit die große A. E. G. die Konzession für die Versorgung der Stadt Berlin mit elektrischem Strom überließ, unter Übernahme eines beträchtlichen Teiles der Aktien des neuen Tochterunternehmens und unter Vorbehalt wichtiger „Gründerechte“. Die große A. E. G. hat ein Recht, von allen neu zu schaffenden Aktien der B. E. G. die Hälfte zum Barfuß zu beziehen. Sie jetzt infolge ihres Fusionsplanes die Berliner Elektrizitätswerke (neben 10 Millionen 44proz. Zinsen) Teilhaber (Schreibungen) 12,60 Millionen junge Stammaktien ausgeben wollen, der großen A. E. G. also 6,30 Millionen zu 100 pSt. zuzahlen, während die tatsächliche Kassenbestimmung der alten Aktien nicht weniger als 175 pSt. beträgt, so ergibt sich für das Mutterunternehmen ein Agio von rund 44 Millionen. Von der zu verschmelzenden Elektrizitätslieferungs-gesellschaft jedoch besitzt die Muttergesellschaft ebenfalls 2½ Millionen Aktienkapital, die nahe zum Barfuß in der Entschuldigungszeit erworben, während Mitte Mai die Aktien etwa 164 notierten und nur mehr infolge des Fusionsangebotes mit etwa 170 bis 175 abgesehen sein werden; so daß aus dem Barfuß nur 1½ Millionen Gewinn zu realisieren sind. Doch ist damit der vielversprechende Aktienfond von Interesse noch nicht zu Ende. Ein anderer Aktienter und Zinsverbündeter der großen A. E. G. ist die Elektrokraft in Zürich, die seinerzeit gleichfalls 4½ Millionen Mark Aktien des aufzulösenden Unternehmens, etwa zu 120 pSt., erworben und die nunmehr den realisierten Agio von etwa 2½ Millionen einbringen kann. Dabei ist das anzukündigende Unternehmen selber in sich schon ein gewaltiger Geschäftsbetrieb; das Grundkapital betrug zuerst, bei der Errichtung, im Jahre 1895 5 Millionen Mark, und wurde dann 1904 auf 8 Millionen und 1907 auf 10 Millionen Mark erhöht; daneben hat die Gesellschaft noch 6 Millionen Mark an Anleihen aufgenommen. Ferner ist sie ihrerseits wieder durch Besitz von Aktien leihen hervorragend beteiligt an der Berliner Wasser-Elektrizitätswerke, die Ende 1907 den Strom an 151 Kraftwerken des Berliner Wasserversorgungs-Systems für 688 Millionen Mark, 447 983 Glühlampen und 9012 Motoren mit 24 905 Kilowatt Leistung. Das ist eine schier unvorstellbare Verschlingung von Interessen, in deren Mittelpunkt wir immer und immer wieder die große A. E. G. finden. Und wie so oft, scheinen große kommunale Interessen durch das wachsende privatkapitalistische Monopol bedroht. Im Jahre 1915 läuft der gegenwärtige Vertrag der B. E. G. mit der Stadt Berlin ab; die Stadt hätte alsdann die Anlagen der B. E. G. übernehmen können. Wie wird die Lage gestalten, nachdem das Stromversorgungsunternehmen damit seine Grundlage über die alten Grenzen hinaus verbreitert hat?

In anderer Form spielt sich die Konzentrationsbewegung unter den Walzwerken ab. Die gemischten, die heißt ihre Rohstoffe, hauptsächlich ihr Halbzug, selbst bedeckenden Betriebe überholen die reinen Walzwerke immer mehr. Letztere haben sich bisher stets zu schwach und uneinig erwiesen, um die oft empfohlene Errichtung eigener Martinwerke und auf diesem Wege eine unabhängige Stellung erzielen zu können. Oft wünscht man daher zu behaupten, die Angleichung an einen gemischten Betrieb durch die schon manches Werk, freiwillig unter Preisgabe seiner selbständigen Existenz, getrieben wurde. Der Weg für eine weitere Vergrößerung und Machtübernahme der gemischten Betriebe ist also durch die wirtschaftliche A. E. G. preislos noch freier als vorher schon gemacht. Wenn nicht häufiger besprochen wird, so liegt das wesentlich daran, daß man die eigenen Anlagen allmählich fast vollständig ausgebaut hat und sich nicht mit nutzlosem Wall beladen möchte. Eine Gruppe der bedrängten Werke unterstügt augenblicklich sogar eine politische Aktion für die Hebung der Rohstoffe und Halbzuggüter, um sich für ihren produktiven Bedarf billiger vom Auslande her versorgen zu können. Aber das erscheint kaum eine annehmbare Lösung, da die Konjunktur sein würde, auch die Rolle für höherwertigen Eisenerzeugnisse zu beseitigen, und hier, die reinen Werke ihrerseits Produzenten und Verwalter sind, verschärfen sie durchaus keine Lust zu Reformen.

Dieser Konflikt spielt sich heute wesentlich auf dem Stahlwerksverband, den Nachfolger des alten Halbzugverbandes, zu, daß dieser sich den Wirtum

\* Siehe Bericht für 1903 und 1904.



der allgemeinen Depression gleichfalls nicht entziehen kann. Das Frühjahr pflegt hier gewöhnlich eine Steigerung des Umsatzes zu bringen. Diesmal ist das Gegenteil eingetreten. Im April 1908 betrug der Umsatz im Vergleich mit April 1907 371 966 t Rohgewicht gegen 498 408 t im März dieses Jahres und 481 934 t im April 1907. Die Abnahme ist also fast die gleiche, sowohl gegen den Vormonat wie gegen das Vorjahr: 110 000 bis 115 000 t. Bei Holzzeug allein ist ein Minderertrag von 28 000 und 38 000 t zu verzeichnen. Dabei fällt ins Gewicht, daß die Preise reduziert wurden (nur nach der Meinung der reinen Holzwerke nicht genügend: der Holzzeugpreis fiel z. B. in Jahresfrist um etwa 10 pro z, der Stabpreis um mehr als 40).

Wesentlich verschlechtert hat sich ebenfalls die Lage der meisten Textilgewerbe. Die schädlich-künstliche Substitution von Wolle- und Konfektionsstoffen hat zwar nicht, wie geplant, eine einheitliche Preissenkung durchgesetzt, aber die Einfuhr von Wolle aus Australien übergegangen. Am Minderertrag sind in der Textilindustrie die Betriebe am stärksten betroffen, die sich auf die Verarbeitung von Wolle spezialisiert haben. Die Textilindustrie hat nach wie vor mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die rheinisch-westfälische Baumwollindustrie regert eine Betriebsveränderung an. Der Geschäftsgang in der deutschen Baumwollweberei wird als fliegend bezeichnet; über neue Aufträge für spätere Monate kann in immer geringerem Maße.

In der Schweiz wollen die Baumwollweberei, nach einem am 11. Mai gehaltenen Beschluß, vom 1. Juli ab eine Produktionsbeschränkung um ein Sechstel durchzuführen, vorläufig auf sechs Monate. An der Preisumstellung heist es weiter: „Es bleibt dem einzelnen Fabrikanten überlassen, ob er wünschenswert (Sonnabend) je einen Tag den ganzen Betrieb einstellen oder ob er ein Sechstel seiner Beschäftigten zwei Monate lang ganz stilllegen lassen will. Von den anwesenden Baumwollfabrikanten verpflichten sich jedoch 27 mit etwa der Hälfte der in der Schweiz stehenden, in Frage kommenden Betriebe für diese Einschränkung. Die nicht in der Versammlung vertretenen Firmen werden aufgefordert, sich dem Vorgehen anzuschließen. In der Versammlung wurde hauptsächlich hervorgehoben, daß die Kaufkraft für Rohstoffe stark nachgelassen und daß der Mangel an Aufträgen, speziell in Feintüchern, einen Preisrückgang herbeiführt habe, der für die Fabrikanten mit großen Verlusten verknüpft sei. Man wolle durch die Produktionsbeschränkung dem Anstiegen der Lagerhaltung tun, ohne daß der einzelne Betrieb ungünstiger gestellt werde als der andere. Dieses läßt sich aber nur durch einheitliches Vorgehen erreichen, und man kam, darauf gestützt, zu den vorgenannten Beschlüssen.“

In anderen Ländern sieht es nicht viel anders aus. So ist der englische Außenhandel im April gegen die gleiche Zeit des Vorjahres zusammengekrumpft um 9,7 Millionen Pfund Sterling in der Einfuhr, um 3,7 Millionen Pfund Sterling in der eigentlichen englischen Ausfuhr, um 2,9 Millionen Pfund Sterling in der Wiederausfuhr fremder und kolonialer Waren. Da der April des Vorjahres abnorm günstig stand, so ist es vielleicht zweckmäßiger, alle vier Monate seit dem Jahresbeginn zusammenzufassen. Der April stellt sich also dann gegen das Vorjahr: Bei der Einfuhr auf fast 20 Millionen Pfund Sterling oder etwa ein Zehntel, bei der eigentlichen englischen Ausfuhr auf 6,3 Millionen Pfund Sterling, bei der Wiederausfuhr auf 15,5 Millionen Pfund Sterling. Das sind sehr empfindliche Ausfälle, auch wo sie, wie in vielen Gewerbezweigen, weniger auf Mengenabnahmen als auf Preisrückgängen beruhen. Oder vielmehr, gerade die Preisrückgänge, die in der Statistik mit zum Ausdruck kommen, werden in vielen Zweigen am bittersten empfunden.

Trotzdem liegen die Wirtschaftsverhältnisse, trotz der etwas unternehmungskritischen Bösen, noch immer in den Vereinigten Staaten. Nach den Massen-zusammenbrüchen des letzten Quartals 1907 ist zwar die Zahl der Bankrotte etwas zurückgegangen: für das erste Vierteljahr 1908 auf 4179 Bankrotte mit 111,8 Millionen Dollars Kapitalen. Aber in den letzten 25 Jahren gab es nur ein Jahr, nämlich 1896, mit mehr Bankrotten im ersten Quartal, als von Januar bis März 1908 vorgekommen sind. Auch vor Mitte Mai fanden 413 000 Waggons auf den amerikanischen Bahnen leer. Nach die Mitte-November vorigen Jahres lagte man über Wagen-mangel Klagen. Die Bahnen des Landes sollen 300 bis 400 Lokomotiven mangelhaft haben. Die amerikanische Kohleerzeugung im April betrug nur noch 1 149 000 t gegen 2 219 242 t im April des Vorjahres und gegen die bisher erreichte Monatshöchstproduktion von 2 337 000 t im Oktober 1907. Diese Zahlen Gegenstände sind ein spezifisches Merkmal des amerikanischen Kapitalismus schon seit der Krisis der siebziger Jahre.

Berlin, 17. Mai 1908.

Max Schippel.

### Politische Umschau.

Der Zechen-Gesamtbund. Die Grubenbesitzer in Rheinland und Westfalen richten ihre Bestrebungen hauptsächlich auf, die Arbeiter-Organisation zu vernichten. Sie haben nunmehr einen Bund gegründet, der den Namen „Zechenverband“ führt und ausschließlich diesen Bestrebungen dient. Er ist, mit dem 1. Februar d. J. beginnend, vorläufig auf fünf Jahre abgeschlossen worden. Offiziell wird als sein Zweck bezeichnet: „Engerer Zusammenschluß der im rheinisch-westfälischen Bezirk gelegenen Bergwerke und ihrer Nebenanlagen zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen und den von einem Auslande betroffenen Mitgliedern eine Entschädigung zu gewähren. Mitglieder des Verbandes können nicht nur die im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk gelegenen Bergwerke werden, sondern je dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund angehörend, sondern auch Privatkolonien, Privatfabriken und ähnliche, mit Verbandsanlagen in Verbindung stehende Anlagen.“

Der „Kontinuität“ ist in der Lage, die Satzungen dieses Verbandes, von dessen Existenz bisher nichts bekannt war, und der seinen Sitz in Essen hat, in allen Einzelheiten mitzuteilen. Jedes Mitglied leistet einen Jahresbeitrag von 1 Mark für den Kopf der im Vorjahre durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Dafür erhält das Mitglied, das ohne seine Schuld von einem Auslande seiner Arbeiter betroffen wird, unter gewissen Voraussetzungen 1 Mark für den Kopf der Ausländer und für den Arbeitstag. In diesen Voraussetzungen gehört u. a. die Bestimmung: Eine Entschädigung wird nicht gewährt, wenn die Vermeidung des Auslandes dadurch herbeigeführt wurde, daß das Werk die Forderungen der Belegschaft nachträglich vollständig oder im wesentlichen ohne Willigung des Vorstandes anerkannt hat.

Danach darf also die Werksverwaltung, wenn es einmal zum Streik gekommen ist, ohne Erlaubnis des Verbandsvorstandes nicht nachgeben. Es ist ganz offenbar, daß man damit beabsichtigt, möglichst schwere Konflikte mit den Arbeitern herbeizuführen. Dies geht auch deutlich aus den Verpflichtungen der Mitglieder hervor, und zwar hauptsächlich aus folgenden:

1. Während der Dauer eines Ausstandes auf einem Werksbetriebe und während dreier Monate nach Beendigung des Ausstandes darf kein Arbeiter dieses vom Auslande betroffenen Werksbetriebs angenommen werden; für die gleiche Zeit darf ein vom Auslande betroffenes Werk keinen Arbeiter von einem anderen Werksbetriebe annehmen.

2. Arbeiter, die bereinzelt unter Vertragsbruch die Arbeit auf einem Werksbetriebe niedergelegt haben, dürfen während sechs Monaten von einem anderen Werksbetriebe nicht angenommen werden. Hat eine Arbeiterleistung erst nach Annahme eines vertragsbrüchigen Arbeiters von dem Vertragsbruch erfahren, so hat sie seine Kündigung zu veranlassen, es sei denn, daß das nach dem Vertragsbruch begründete Arbeitsverhältnis schon länger als drei Monate besteht.

3. Ist in einem anderen Bergbaubezirk ein Ausstand ausgebrochen, so kann der Vorstand mit Vierfünftel-Mehrheit der anwesenden Stimmen beschließen, daß während der Dauer des Ausstandes und während dreier Monate nach Beendigung des Ausstandes kein Arbeiter aus dem betreffenden Bezirk angestellt wird; vorausgesetzt, daß die Werke jenes Bezirks die gleiche Verpflichtung dem Verband gegenüber übernommen haben.

Das Verbandsmitglied, das diesen Satzungen zuwiderhandelt, verfällt in eine Strafe von 1000 für jeden einzelnen Fall. Wenn sich die große Mehrzahl der Beiden dem Verbandsbeschlusse anschließen, so sind bei der beabsichtigten strengen Ausführung der Statuten Vergleiche nach dem Auslande noch drei Monate von aller Arbeit auf den Beiden ausgeschlossen; finden sie, was häufig der Fall ist, in anderen Gewerben keine Beschäftigung, so müssen sie abwandern oder gar auswandern und ein neuer Zuzug von auswärtigen tritt an ihre Stelle.

Ein einzelner Bergarbeiter, der unter vorgenanntem Kontraktbruch die Arbeit auf einem Werke verläßt, wird im ganzen Bezirk sogar sechs Monate ausgeperrt.

Hier haben wir es wieder mit einem wahrhaft empörenden Fall systematisierten Unternehmerrassismus zu tun, der so weit geht, Arbeiter nicht nur brutlos, sondern auch heimlos zu machen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß Bergarbeiter nicht zu jedem anderen beliebigen Gewerbe taugen, und daß sie deshalb nicht leicht eine andere Beschäftigung finden. Alles in allem wollen die Zechenverbände die Organisationen der Bergarbeiter zerstören. Die Zechenbesitzer haben schon früher kein Bedenken getragen, zu diesem Zweck in infamer Weise Streiks zu provozieren. Ihr neuer Geheimbund wird erst recht in rigorosster Weise von diesem Mittel Gebrauch machen.

Die organisierte Arbeiterschaft wird natürlich ihre Gegenmaßnahmen zu treffen haben, und so finden denn neue, schwere Kämpfe zwischen ihr und dem Unternehmertum bevor. Wir sind überzeugt, daß sie in diesen Kämpfen nicht unterliegen wird; sie kann sich verlassen auf die tatsächliche Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiter Deutschlands und des Auslandes.

„Vermunftgemäß“ in der Fortführung der Sozialpolitik will der Delegiertentag des Bundes sächsischer Industrieller, der in Mannheim tagte, verfahren wissen und zwar „insoweit, als dadurch die internationale Erwerbsfähigkeit der Industrie nicht behindert werde“. Es ist ein Konfession, die Vernunftgemäßheit der Sozialpolitik danach bestimmen zu wollen, was das Unternehmertum in Rücksicht auf den internationalen Wettbewerb für zulässig erachtet. Sollte man sich danach gerichtet, so würden wir überhaupt nicht zu einer sozialpolitischen Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter gelangt sein. Wir erinnern daran, daß die Industriellen schon den ersten Schritten und geringen Anfängen der sozialpolitischen Gesetzgebung mit der völlig unüberwindlichen Behauptung begegneten, die Industrie könne, ohne schweren Schaden an ihrer Konkurrenzfähigkeit zu nehmen, die Belastungen nicht ertragen. Dieser Einwand ist bei jeder Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung immer wieder aufs neue erhoben worden. Unter vernunftgemäßer Fortführung der Sozialpolitik ist einzig und allein eine solche zu verstehen, welche den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse, die zugleich die wahren Interessen der Allgemeinheit sind, entspricht. Jede solche Sozialpolitik bewirkt nicht etwa eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, sondern eine erhebliche Stärkung.

Konfessionelles Mauerwerk. In Fülle haben wir ein neues Schulhaus gebaut, in dem nach der erfolgten Kommunalisierung der Schulen die Schüler aller drei Konfessionen in Zukunft unterrichtet werden sollen. Mit welchem Zugeständnis dieser Fortschritt erkauft werden muß, darüber schreibt ein „toleranter Bürger“: „Wahrlich ist es, daß, wie man sagt, zwischen den Schulhöfen und sogar auch zwischen den

Abritten der evangelischen und katholischen Klassen eine trennende Mauer“ aufgeführt werden soll. Es dürfte jedem verständlich sein, daß durch diese „trennende Mauer“ der Konfessionen einander, daß durch diese „trennende Mauer“ ein Segen für den konfessionellen Frieden unserer Schuljugend nicht erzielt wird, denn die Einbrüche der Jugend pflegen sich bis ins spätere Alter zu erhalten. Können sich denn unsere Schuljugend nicht jetzt noch in letzter Stunde entschließen, dafür zu sorgen, daß diese geplante räumliche Trennung, durch die auch leider eine geistige Trennung herbeigeführt wird, nicht erfolgt? Es wäre dieses eine segensreiche Tat!“

Wir haben es wirklich weit gebracht in Deutschland, daß der „konfessionelle Friede“ durch selbst die Aborte trennendes Mauerwerk erhalten werden muß! Hoffentlich wird die Mauer auf der katholischen Seite von katholischen Mauern und mit katholischen Steinen, auf der evangelischen Seite von evangelischen Mauern und mit evangelischen Steinen errichtet werden. Auch kann ja noch Wert darauf gelegt werden, daß der Inhalt des katholischen Abortes sich nicht mit dem des evangelischen vermischet.

## Mauerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

Hansastädte: Travemünde (Sperre über Böhrmann), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich), Vegesack (Sperre über den Tunnelbau Lesum);

Schleswig-Holstein: Insel Fehmarn, Kappeln a. d. Schl. (Aussperrung), Rendsburg (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), Ahrensböck (Differenzen);

Mecklenburg: Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg: Wittstock a. d. D., Prenzlau (Streiks), Nowawes (Sperre über Michaelis), Schwerin a. d. W. (Differenzen);

Pommern: Pyritz, Wolgast (Differenzen), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Pölitz (Streik);

Ost- und Westpreußen: Graudenz (Sperre über Karlguth);

Posen — Schlesien: Hohensalza, Löwenberg (Streiks);

Königreich Sachsen: Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsauten, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Gohlis R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L.-Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hahnenbernerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Mülsen-St. Niklas (Sperre über Forst. Döhn);

Provinz Sachsen und Anhalt: Gracau b. Magdeburg (Sperre über Weigart), Merkwitz b. Halle (Sperre über Becker);

Thüringen: Zschau (Sperren über die Firmen Oweck & Böttcher und A. Dietze in Rositz und O. Müller in Monstab), Arnstadt (Sperre über Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Norderney (Aussperrung), Visselhövede, Stadthagen, Herzberg a. H. (Streiks), Milsburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“);

Westfalen und Rheinland: St. Johann (Sperre über Ackermann in Merckweiler);

Hessen und Waldeck: Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperre über F. Gg. Held), Darmstadt (Sperren über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn);

Baden-Pfalz: Kaiserslautern, Dürkheim (Streiks), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Bayern: Wasserburg (Sperre über Nabauer), Pfarrkirchen (Streik);

#### Fliesenleger:

Rheinland-Westfalen (Differenzen).

#### Oesterreich:

Hermannshütte, Kaaden, Königsberg, Nömes, Prerau, Saaz, Spalati, Ung. Gradisch.

#### Das Echo.

Mit Genuß haben wir einen Bericht der „Baugewerkschaft“ über die nun herabgesetzte Aussperrung der christlich organisierten Maurer und Zimmerer in Argonau gelesen. Der Bericht dieser Bewegung kann uns ja ziemlich gleichgültig sein, da die Christen hier ganz allein waren. Man glimpflich sind die Christen nicht dabei weggekommen; denn wenn die Aussperrung nun auch mit einer Lohn-erhöhung um 2 s abgeblieben ist (weil sie mit unter den Schiedsspruch fällt), so fühlen sich die Unternehmer aber noch sehr stark; denn sie nehmen sich ziemlich Zeit mit der



Einstellung der Ausgesperrten. Das ist freilich höchst fatal; und es gehört nicht viel Einbildungskraft dazu, um sich den Schmerz der Christen vorzustellen. Glücklicherweise haben sie etwas gefunden, woran sie sich auflehnen können: der Zentralverband der Maurer hat den Unternehmern Streikbrecher geliefert! Welch glücklicher Zufall! Welch ein Geschenk des Himmels für die frommen Demagogen! Die „Maurerzeitung“ schreibt: „Dieses Verhalten der Argenauer Unternehmer hat seinen Grund in dem organisierten Streikbruch des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Systematisch schob er seine Mitglieder nach Argenau ab. Der Vorsitzende von Horn, Arndt, erklärte unserem Kassierer Leuandowski gegenüber, wenn ihr euch verpflichtet, mit eurer Zahlstelle zu uns (dem sozialdemokratischen Maurerverband) überzutreten, werden wir auf telegraphischem Wege die Streikbrecher abberufen. Befagter Arndt hatte, als er diese Erklärung unserem Kollegen gegenüber tat, wiederum eine Kolonne von zwölf Maurern, bei sich, um sie nach Argenau abzuführen. Durch diesen Streikbruch wurde den Unternehmern der Rücken gestärkt und uns die Position erschwert. Die Absicht ging dahin, unsere Zahlstelle durch den Streikbruch zu vernichten, wenn auch die Arbeiterinteressen dabei zum Teufel gingen. Den Argenauer Willkür unterstützten sozialdemokratisch gestimmte Maurer gegen arme, um ihre Gelfitz ringende Arbeiter. Die Quittung wird schon kommen, dafür sorgen wir.“

Es ist wirklich rührend, wenn man ansehen muß, wie den Christen die Vertretung der Arbeiterinteressen durch gewissenlose Zentralverbände erschwert wird. Diese christliche Unschuld! Sie, die selbstlos, ehrlichen, unentwegten Förderer der Arbeiterfrage, die noch nie um Haarsbreite dem engen Streich bedingungsloser Solidarität abgewichen sind, sie müssen sich ihre Kreise von sozialdemokratisch verwechselten Streikbrechern hören lassen! Aber die Welt wird gefühllos gegen sein, zu diesem christlichen Jammer eine frohliche Lade anzuheben. Vollends ist die Spekulation verkehrt, daß man uns mit diesen Schauer- geschichten zujucken könne. Wir denken an Königsberg, an die Schrecken der Herrschaft der Bestmar und Rauffer, an unsere im Gefängnis schmachtenden Kollegen, die christliche Schurerei dorthin brachte, und schienen Argenau und die sich daran knüpfenden Erzählungen der „Maurerzeitung“ beiseite. Und wir sagen: Wenn in Argenau Mitglieder unseres Verbandes gearbeitet haben — bisher ist es noch nicht bewiesen, sondern nur behauptet, und zwar von Christlichen behauptet worden —, so ist das eine ganz natürliche, und wir fügen hinzu: eine ausbleibliche Folge der christlichen Taktik im Osten. Wie man in den Wald hineinruft, so ruft es wieder heraus. Der Wald, den die Christen des Ostens mit dem Geräusch ihres unaufrichtigen Manipulieren erfüllt haben, hat lange geschwiegen, hat lange das Echo erstickt, jetzt bahnten sich die zurückweisenden Schallwellen mit Gewalt ihren Weg. Darum könnten wir in einer Unsolidarität unserer Mitglieder in dem angezogenen Falle keinen Streikbruch, sondern nur eine Notwehr sehen, die darum berechtigt wäre, weil sie nur erzieherische Zwecke verfolgen könnte.

#### Gau Berlin.

In Wittstock sind die Kollegen in den Streik eingetreten. Die Unternehmer hatten den Vertrag gekündigt und legten unseren Kollegen einen „Musterakt“ vor, der die Worte von den „durchaus tüchtigen Besseln“ enthielt. Der Vertrag sollte den früheren Stundenlohn von 36  $\frac{1}{2}$  bis zum 31. Dezember 1902 vorziehen. Dieses Monstrum von Vertrag lehnten wir ab; jedoch versuchten die Unternehmer nun, Unheimlichkeit in unsere Reihen zu bringen und ließen unsere Kollegen einzeln unterschreiben. Nachdem indessen wir uns Verhandlungen nach (wir forderten 40  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn). Die Unternehmer behandelten jedoch darauf, daß wir ihren diktierten Vertrag annehmen hätten. Infolge dessen der Streik.

#### Gau Dresden.

In Neustadt ist der Streik beigelegt. Die Unternehmer haben den vierzigsten Pfennig vollgemacht. Da die Bautätigkeit sehr gering war, haben die Kollegen daher den einen Pfennig Lohnerhöhung angenommen.

In Gröden ist der Streik beigelegt. Der Zweigverein Großenhain gehörig, hatten die Kollegen bei Herrn Förster die Arbeit niedergelegt, um den Vertragslohn von 38  $\frac{1}{2}$  durchzusetzen. Nach drei viertel Tag war ihnen dieses gelungen. Nun soll im Laufe der Woche auch bei den anderen drei Unternehmern der Lohn ebenfalls noch durchgesetzt werden. Ob es bei diesen so schnell gehen wird, ist noch unbestimmt.

Im Pirnaer Gebiet ist nun das Einigungsamt angerufen, das den Berliner Schiedspruch auslegen und entscheiden soll, ob zwei mehr als eins ist. Die Unternehmer haben in diesem Gebiete nämlich drei Angebote gemacht: 1. für 1909: 3  $\frac{1}{2}$  Lohnerhöhung; 2. für 1908: 2  $\frac{1}{2}$  und 1909 weitere 2  $\frac{1}{2}$  Lohnerhöhung und zuletzt für 1908 1  $\frac{1}{2}$  und für 1909 wieder 1  $\frac{1}{2}$  Lohnerhöhung. Nach dem Berliner Schiedspruch soll das höhere Angebot durchgesetzt werden. Die Unternehmer in Pirna sagen, daß das letzte das höchste Angebot sei. Wir behaupten, daß das zweite Angebot das höchste sei. Diese „Doktorfrage“ muß nun das Schiedsgericht noch lösen.

#### Gau Ostfriesland.

In Emden haben die Kollegen am 18. Mai zu folgendem Schreiben der Unternehmer Stellung:

Die Unterzeichneten geben hiermit folgendes bekannt: Nach langem, reiflichem Überlegen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß der hohe Lohn nicht mehr gezahlt werden kann, da die Hochkonjunktur längst überschritten ist. Nicht nur in Emden, sondern fast im ganzen Deutschen Reich liegt die Arbeit vollständig darnieder, obwohl noch teilweise Wohnungsnot zu herrschen scheint. Die Bauherren fürchten sich eben, so hohe Löhne zu zahlen. Fast alle Materialien sind bereits billiger geworden, und die zwar jetzt noch teilweise und scheinbar hohen Lebensmittel werden auch noch billiger werden. Der Lohn ist hier von einer Reihe von gewisser Seite, von Nichtfachleuten, und ohne Grund so rapide künstlich in die Höhe gedrückt worden, und so über die hiesigen Verhältnisse, daß ein Rückschlag unausbleiblich war. Dieser Rückschlag ist nun schon seit länger als Jahresfrist erfolgt, wir haben aber mit der Lohnherabsetzung immer noch geögert,

indem wir immer noch horten, daß wieder bessere Zeiten kommen würden; dieselben sind leider noch schlechter geworden. In Emden wird fast nichts gebaut, und wir sind nur angewiesen, auf dem Lande unter den bescheidensten Verhältnissen uns die notwendige Arbeit zu suchen. Mit den hohen Löhnen können wir nicht antworten und nicht konformieren; denn die Nachbarteile, die bei uns in Frage kommen, zahlen mehr als 20 pzt. niedrigeren Lohn. Wenn unser Beruf wieder aufleben soll und wir wieder ausreichende Arbeit haben wollen, so können wir nur dazu beitragen, wenn die Löhne niedriger werden. Unsere alten, sich stets bewährten Mitarbeiter werden daher mit uns einverstanden sein, wenn wir von Sonnabend den 16. Mai an nur noch pro Stunde tatsächlicher Arbeitsleistung 35  $\frac{1}{2}$  zahlen; mithin tritt von Sonnabend den 23. Mai ab die neue Lohnung in Kraft.

Der Lohn ist dann den Zimmerleuten gleichgestellt, wie es sonst üblich war. In diesem Abkommen halten wir bis zum 1. Juni 1909 fest.

Kassier: Maurer- und Zimmermeister.  
A. Reuter, Maurer- und Zimmermeister.  
Eckart Jäkel, Baugewerksmeister.

Die hieran folgende Distinktion zeigt nun gerade das Gegenteil von dem, was die Meister in ihrem Schreiben behaupten. Es muß einen Stein erbarmen, wenn man das Klageglied hören hört. Es wird behauptet, die Bauherren fürchten sich zu bauen wegen des hohen Lohnes. Was geben denn nun die drei Herren? 38  $\frac{1}{2}$  ist der „hohe Lohn“! Auf anderen Bauten werden 40 und 42  $\frac{1}{2}$  gezahlt, und die wollen mit 38 in die Erde sinken. Woher es bloß die Unternehmer wissen, daß die Lebensmittel billiger werden? Uns scheint das eine Phantasie nach Demburgs Art zu sein. Daß in Emden nichts gebaut wird, aber doch nur wenig, trifft zu, aber an Wohnungen fehlt es, nicht bloß an Arbeiterwohnungen, sondern auch an solchen für wohlhabende Leute. Der Hafen liegt so anders. Die Zimmerleute haben nämlich einen Tarif eingereicht, worin der Maurerlohn gefordert wird. Sie erhalten jetzt 35  $\frac{1}{2}$ , und nun denken die Unternehmer die Sache so zu schieben, daß man den Lohn der Maurer soweit kürzt, daß er dem der Zimmerer gleich steht. Dies, lassen wir uns um keinen Preis gefallen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit vom 18. Mai an solange ruhen zu lassen, bis sich die Unternehmer schriftlich verpflichtet haben, den alten Lohn wieder zu zahlen. Kollegen! Haltet fest und treu zusammen, und unser ist der Sieg!

#### Gau Hamburg.

Die Aussperrung in Lohndern ist durch Verhandlungen beendet worden. Der Lohn steigt sofort bis zum 31. März 1910 von 50 auf 52  $\frac{1}{2}$ .

#### Gau Hannover.

In Stadthagen, wo sich unsere Kollegen seit dem 6. Mai im Kampfe befinden, ist der Lohnkampf zu einem reinen Machtkampf geworden. Das bauende Publikum ist bereit, die Differenz, die sich durch den höheren Lohn ergibt, auf sich zu nehmen; andererseits war den Unternehmern aus Gelegenheit gegeben, mit einem höheren Lohn zu kalkulieren, da die Forderung bereits Ende November eingereicht wurde. Auch die Unternehmer selbst erklärten: „Wir dürfen auch ohne weiteres nichts bewilligen: wenn ihr aber erst einige Tage gestreikt habt, ist uns wenigstens der Rücken gebogen.“ Mit allen solchen schönen Redensarten hat man sich die Freundschaft unserer Kollegen gesichert und dabei selbst zum Kampf geführt.

Jetzt klingt es anders! Verhungen soll die ganze Gesellschaft! solche und ähnliche Redensarten sind jetzt den Unternehmern geblieben. Die Forderung ist aber zu sehr berechtigt, als daß auch nur ein Jota davon abzuzahlen wäre. In der Umgebung von Stadthagen, in Nienburg, Osnabrück, Steinbergen, Wülfersburg usw. werden Stundenlöhne von 40, 42  $\frac{1}{2}$  und mehr bezahlt. Beteiligte in Stadthagen bei einem bisherigen Stundenlohn von 35  $\frac{1}{2}$  die Kollegen beschließen genug wären, nur 40  $\frac{1}{2}$  zu fordern. Es ist nicht unmöglich, was unsere Kollegen verlangen, und wäre es leicht gewesen, einen gangbaren Weg zur Einigung zu finden. Aber die Kräuter haben doch keinen Arbeitgeberverband gegründet, um mit den Maurern in friedlicher Weise die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen. Nein, Krieg bis auf Messer! Am 7. Mai um 11 Uhr sollte eine Verhandlung im Ratshaus stattfinden. Die Unternehmer hatten sich um 10 Uhr eingefunden und — wie schlaue sie sind — beschloßen, wenn die Kommission um 11 Uhr in Sicht käme, heimlich auszurücken, weil Gefahr bestünde, daß sich in der Verhandlung bei einigen Unternehmern die christliche Überzeugung durchdringen könnte! Zeigt das nicht von Kampfesmut der Unternehmer? An unseren Kollegen liegt es nun, auszuharren, bis wir als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen. In den Streik sind 71 Kollegen eingetreten, davon sind 3 abgereist und 4 arbeiten zu den neuen Bedingungen. Bei einem Unternehmer arbeiten 9 Streikbrecher, 11 Lehrlinge und 16 Arbeiter. Diese „Arbeiter“ sind eine eigenartige Gesellschaft. Von Anfang Juni bis Anfang Dezember sind sie Heringsfänger, gehören also solche dem Verbanne der Seeleute an, in der übrigen Jahreszeit werden alle möglichen Arbeiten gemacht, kleine Hilfsarbeiten an Häusern, Weiden und ähnliche Sachen. Daß dies Verhalten nicht zur Förderung eines solidarisierenden Zusammenwirkens beitragen kann, sollten diese Leute auch einsehen. Nebenbei gesagt gibt es im Kreise Stadthagen etwa 800 solcher Heringsfänger.

In Herzberg a. Harz haben unsere Kollegen im vorigen Jahre den Stundenlohn durch Kampf von 32 auf 36  $\frac{1}{2}$  gebracht. Die Unternehmer haben nun das ganze Frühjahr schon gedroht, den Stundenlohn wieder auf 34  $\frac{1}{2}$  zu kürzen. Bei dem Unternehmer Drösel haben die Kollegen deshalb schon einmal einen Tag gestreikt. Nun haben die Unternehmer abermals erklärt, daß vom 1. Mai an nur ein Stundenlohn von 34  $\frac{1}{2}$  gezahlt würde. Die Kollegen haben die laufende Woche noch gearbeitet und Sonnabend, den 16. Mai, tatsächlich von 34  $\frac{1}{2}$  erhalten. Nachdem dann am 18. Mai die Unternehmer nicht zu bewegen waren, von ihren menschenfreundlichen Absichten abzugehen, ist die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden.

In Wolfenbüttel halten unsere Kollegen und die Bauarbeiter am 12. Mai bei der Firma Dauer die Arbeit eingestellt. Dauer hat es versucht, einmal zur Veränderung Klaffenlöcher von 40, 43 und 45  $\frac{1}{2}$  einzuführen, während der vertragliche Lohn seit dem 1. Januar 60  $\frac{1}{2}$  beträgt. Im übrigen hatte er sich auch einen Tag angewöhnt, wie man ihn nur noch auf dem Kaiserhofe antreibt. Die Unternehmer, denen dies Ge-

fahren nicht unbekannt war, sprangen aber ihrem Kollegen sofort bei und beschloßen die Aussperrung. Bei dem Vorstehen der Mäurer ging es aber gleich schief, so daß, indem er bei der Aussperrung nicht ausblieb. Hier hatten wir aber unsere Kollegen die Seite. Nach einem Kampf, bei dem Sonnabend, den 16. Mai, wahrte und, nachdem auch Herr Zimmermann-Drauschke wiederholt selbst in die Sperrlinie getreten, sind die Differenzen in letzter Stunde eingeklinkt worden. Am 18. Mai sollte die Aussperrung auch im Lande vor sich gehen. Und das alles, weil eine selbst im Kreise der Unternehmer unbeliebte Person die gesellschaftlichen Umgangsformen so sehr verletzete. Herr Zimmermann hat sich eine Mühe gegeben, die einer besseren Sache würdig war. Aber er sagt ja: „Sie sollen nachher nicht im Volksstand“ präsen, daß sie den Unternehmern Dauer befehligen haben!“ Auch ein Grund! Für uns hat es sich aber nicht um ein Siegen gehandelt, sondern wir wollten uns nicht von Herrn Dauer die Lohn- und Arbeitsbedingungen verkleinern lassen, und hier hat Herr Zimmermann jetzt in die Kerbe des Herrn Dauer geschlagen.

#### Gau Lübeck.

Auf der Insel Fehmarn sind die Kollegen seit dem 18. März ausgesperrt, weil sie sich nicht mit einer Lohnkürzung von 45  $\frac{1}{2}$  auf 42  $\frac{1}{2}$  pro Stunde und einer Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 10  $\frac{1}{2}$  Stunden abfinden wollten. Da die Unternehmer dem ostholsteinischen Arbeitgeberverband angehören — und dieser dem Arbeitgeberbund in Berlin angeschlossen ist, mußte die Aussperrung nach dem in Berlin gefällten Schiedspruch aufgehoben werden. Eine vom Gauleiter angebotene Verhandlung verlief resultatlos, da die Unternehmer erklärten, von dem Schiedspruch wüßten sie nichts, auch glaubten sie, daß er für sie nicht guttunend sei. Auf eine Intervention beim Arbeitgeberbund, ging dann folgendes Schreiben ein:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.  
Berlin, den 15. Mai 1908.

An den Vorstand der Maurer Deutschlands zu Hamburg.

Auf das geschätzte Schreiben vom 12. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß der ostholsteinische Arbeitgeberverband und somit auch die Arbeitgeber der Insel Fehmarn dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angehören; wir haben demzufolge nach dem Schiedspruch und dringend angeordnet, die Einigungsverhandlungen für den neuen Tarifentwurf auf der Grundlage des Vertragsmusters und des Schiedspruchs zu führen und abzuschließen. Wir hoffen bestimmt, daß die Angelegenheit dadurch zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt werden wird.

Gedächtnisprotokoll  
Im Auftrage des Vorstandes: W. K. n. g., Geschäftsführer.

Auf Grund dieses Schreibens wurde unsere Streikleitung vorstellig. Die Unternehmer erklärten, sie ließen sich dazu von niemand zwingen. Gegebenenfalls würden sie aus dem Bunde austreten, um ihren Willen durchzusetzen; selbst auf die Gefahr hin, daß dies noch zehn Jahre dauern würde. Wir werden nun abwarten müssen, ob der Arbeitgeberbund seine halbschwachen Mitglieder zur Ordnung bringen wird. Alle Kollegen werden aber darauf aufmerksam gemacht, daß sie solange die Insel Fehmarn meiden, bis an dieser Stelle bekannt gegeben ist, daß die Differenzen beseitigt sind.

Im Söhrmannschen Geschäft in Travemünde haben sich einige arbeitstillende Maurer gefunden. Sonst hat sich nichts geändert. Die Sperre besteht fort.

#### Gau Mannheim.

In Kaiserslautern dauert der Streik nun acht Wochen, doch trotzdem scheinen die Unternehmer noch keinen Frieden zu wollen. Auf was sie noch warten, ist nicht recht ersichtlich. Die Hoffnung, Streikbrecher von außerhalb zu erhalten, dürfte längst gescheitert sein. Die Italiener, die sich die Unternehmer mit vielen Kosten herangeholt hatten, haben Kaiserslautern längst verlassen. Die Unternehmern waren selber froh, als die Gesellschaft wieder fort war. Die Streikenden sind guten Muts und werden in aller Ruhe abwarten, bis die Unternehmer vernünftig geworden sind.

Differenzen bestehen noch in Freiburg und Lahr. Beide Orte fallen mit unter den Berliner Schiedspruch. Die Kollegen in Freiburg und auch in Lahr haben dem Schiedspruch zugestimmt. Es verbleiben aber noch dröhlige Differenzen, die auch in der Verhandlung am 18. Mai nicht erledigt werden konnten, da die Unternehmer mit gebundenem Mandat gekommen waren. Es soll nun für Freiburg und Lahr ein Schiedsgericht die Sache entscheiden.

In Heidelberg ist die Lohnbewegung beendet. Die Kollegen lehnten in einer Versammlung am 7. Mai zunächst den Schiedspruch mit geringer Mehrheit ab. In einer weiteren Versammlung am 14. Mai wurde der Schiedspruch jedoch mit allen gegen nur 7 Stimmen angenommen. Die letzte Versammlung war sehr stark besucht. Nun ist aber eine andere Differenz mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes (Schmidt) entstanden. Schmidt hat aus geringfügiger Ursache 17 Kollegen auf das Plakat gesetzt. Wir verlangten, daß die beiderseitigen Röhre die Differenz regeln sollten. Das lehnten die Unternehmer ab. Das ganze Verbalten ist ein Verstoß gegen den Tarif. Wir haben uns nochmals an den Arbeitgeberverband gewandt und hoffen, die Differenz noch friedlich erledigen zu können.

In Mannheim-Ludwigshafen hat der Abschluß der Lohnbewegung durch den Schiedspruch viel Staub aufgewirbelt. Die Kollegen hatten viel große Hoffnungen gemacht, die durch das Verhalten eines Teiles der Unternehmer noch genährt worden waren. Der Schiedspruch vernichtete diese Hoffnungen. In der Versammlung am 6. Mai gab es deshalb großen Sturm. Leider gingen dabei auch die sachlichen Gründe aus, die Stellung wurde in der übertriebenen Weise beschimpft und der Schiedspruch dann abgelehnt. Doch die Kollegen haben allmählich einsicht gelernt, daß bei der diesmaligen Gesamtbewegung der einzelne Ort nicht aus der Reihe tanzen kann. In der ersten Hitze tauchten allabendlich Pläne auf, wie Sozialorganisation, Süddeutscher Verband und dergleichen, es wurden Sonderveranstaltungen veranstaltet usw. Doch die Mader davon wußten auch keinen Witz, und so ist es allmählich etwas ruhiger geworden. Ein Teil der Kollegen sieht allerdings noch großem abwärts, doch hoffen wir, daß auch bei diesen











Termine (siehe §§ 11, 14 und 201) zugefandt werden, sind ungültig; die darin angegebenen Stimmen werden bei Feststellung des Resultats nicht berücksichtigt.

Die abgegebenen Stimmzettel (bei Haupt- und Stichwahlen), sowie das zweite Exemplat des Wahlprotokolls sind mindestens bis zum nächsten Verbandstag bei den Ästen des Zweigvereins aufzubewahren.

## 2. Besondere Bestimmungen für Wahlabteilungen, die aus mehreren Zweigvereinen zusammengesetzt sind.

§ 9. Jeder Zweigverein hat das Recht, einen oder mehrere Kandidaten aufzustellen. Es ist aber auch zulässig, daß sich mehrere oder alle Zweigvereine einer Wahlabteilung auf zwei gemeinsame Kandidaten einigen.

§ 10. Die Wahl darf nur in einer Mitgliedsversammlung des Zweigvereins und nicht in Versammlungen etwaiger Untergliederungen oder Sektionen vorgenommen werden.

§ 11. Das Hauptwahl-Wahlprotokoll (siehe § 8) ist nach erfolgter Wahl sofort, aber spätestens bis zum 1. Juli 1908, an den Verbandsvorstand einzufenden.

§ 12. Die Zusammenstellung des Wahlergebnisses geschieht durch den Verbandsvorstand.

§ 13. Etwa notwendig werdende Stichwahlen werden im „Grundstein“ am 11. Juli 1908 ausgeschrieben.

§ 14. Die Stichwahlen sind vom Tage der Ausschreibung bis zum 26. Juli 1908 vorzunehmen. Das Stichwahl-Wahlprotokoll (siehe § 8) ist bis zum 29. Juli dem Verbandsvorstand zuzufenden.

## 3. Besondere Bestimmungen für Zweigvereine, die eine Wahlabteilung für sich bilden.

§ 15. Die Aufstellung der Kandidaten und die Wahl der Delegierten muß in Zweigvereinsversammlungen geschehen.

Eine Ausnahme bei der Wahl (nicht bei der Aufstellung von Kandidaten) ist nur solchen Vereinen gestattet, welche auf Grund des § 4 b des Statuts, Zahlstellen resp. Sektionen gebildet haben. Solche Vereine können, nachdem in einer Zweigvereinsversammlung ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt ist, die Wahl in Zahlstellen oder Sektionsversammlungen vornehmen. Die Versammlungen müssen aber an einem und demselben Tage und zu derselben Tageszeit stattfinden.

§ 16. Die Wahl ist in einem Wahlgange vorzunehmen.

§ 17. Bei der Wahl dürfen nicht mehr Namen auf den Stimmzettel geschrieben werden, als Delegierte zu wählen sind.

Als gewählt gilt derjenige, der eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmzettel auf sich vereinigt hat.

§ 18. Etwa notwendig werdende Stichwahlen können gleich nach Feststellung des Hauptwahlergebnisses stattfinden.

§ 19. Die Stichwahlen sind ebenfalls in einem Wahlgange vorzunehmen. Hierbei können alle im ersten Wahlgange nicht gewählten Kandidaten in Betracht, jedoch mit der Maßgabe, daß die in einer Zahlstelle oder Sektion (§ 15 Abs. 2) unterlegenen Kandidaten für die Stichwahl in anderen solcher Abteilungen außer Betracht bleiben.

Einfache Stimmenmehrheit entscheidet, d. h. die sind gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

§ 20. Die Wahlprotokolle sind sofort nach vollzogener Wahl, spätestens aber bis zum 29. Juli 1908, einzufenden.

## B. Wahlabteilungen.

Die Wahlabteilungen sind gebildet nach dem Mitgliederstand am Schlusse des vierten Quartals 1907. Die Zellen hinter den Ortsnamen sind die Mitgliederzahlen der betreffenden Zweigvereine.

Auf die einzelnen Gauen verteilen sich die Wahlabteilungen folgendermaßen:

Gau Berlin	Wahlabt. von	1 bis	29
Berlin	30	36	
Breslau	37	45	
Cöln	46	51	
Danzig	52	59	
Dortmund	60	69	
Dresden	70	74	
Erfurt	75	83	
Frankfurt a. M.	84	94	
Görlitz	95	101	
Hamburg	102	113	
Hannover	114	126	
Leipzig	127	151	
Magdeburg	152	167	
Mannheim	171	179	
München	180	183	
Münster	184	191	
Oberhausen	192	195	
Stettin	196	203	
Strasburg i. Elsaß	204	207	
Stuttgart	208	210	

## Gau Berlin.

Wahlabteilung 1. Berlin 11 124. 11 124 Mitglieder: 11 Delegierte.

## Wahlabteilung 2.

Cöpenitz 177, Fürstenaue 228, Gernsdorf b. München 10, Klein-Schönebeck 24, Königs-Wusterhausen 180, Markgrafriede 62, Storkow 61.

687 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 3. Bruchmühle 106, Bernau 265, Eiser-75, Gersfelde 66, Gernsdorf 80, Kallberge 18, Neuenhagen 19, Prenen 66, Werneuchen 60. 709 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 4. Gernsdorf 80, Gernsdorf 1, d. M. 22, Kremen 52, Mühlenfeld 60, Driemühl 105, Gernsdorf 59, Belten 79, Wensfelden 54. 461 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 5. Gernsdorf 52, Rauen 70, Spandau 364, Schönwalde i. d. M. 71. 557 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 6. Potsdam 410. 410 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 7. Caputh 82, Gr. Beeren 45, Hovowes 280, Saarmund 69, Teltow 58, Wannsee 51. 585 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 8. Brandenburg a. d. S. 802, Gr. Kreuz 51, Plau a. d. S. 57, Werder 178, Wollin 48. 638 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 9. Beelitz 82, Belgitz 82, Behn 265, Michendorf 82, Niemegk 44, Paaren 35, Wiefenau 57. 597 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 10. Annaburg 70, Bethau 80, Elster 48, Hintersee 114, Jessen 45, Seyda 43, Wittenberg 227, Zellendorf 19. 596 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 11. Jüterbog 190, Kropf 52, Lützenwalde 267, Schweinitz 40, Treuenbrietzen 60, Zahna 32. 641 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 12. Fehrbellin 18, Friesack 23, Lindow 62, Neuruppin 311. 414 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 13. Gavelberg 47, Kyritz 17, Perleberg 120, Seddin 19, Wilsnack 54, Wittenberge 180, Wusthof 131, Wusterhausen 41. 609 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 14. Dreetz 62, Gr. Budike 45, Rehn 36, Milow 46, Prietzer 42, Rathenow 220. 451 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 15. Baruth 12, Gollern 70, Gr. Belsen 43, Krausnick 58, Mittenwalde 46, Tempitz 53, Trebbin 102, Waltersdorf-Schulzenhof 23, Jossen 135. 542 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 16. Bodwitz 105, Dahme 80, Elsterwerda 135, Finsterwalde 77, Herzberg 43, Mühlberg 122, Fichtenberg 122, Orttrand 68, Saalfeld 90. 720 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 17. Briesen 29, Rüben 127, Rübenau 78, Schönewalde b. Rüben 30, Senftenberg 414. 673 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 18. Cottbus 105, Forst 220, Lieberose 3, Reitz 3, Spremberg 210, Wetzschau 44. 585 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 19. Gassen 35, Guben 350, Sommerfeld 75, Sorau 245. 705 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 20. Grotzen 186, Frankfurt a. d. O. 391, Kretschmar 25, Neuzelle 37, Sandow 25, Züllichau 50. 714 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 21. Driesen 186, Friedeburg 72, Landsberg a. d. W. 315, Polzchen 16, Trebitz 62. 651 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 22. Gützin 168, Mühlhagen 22, Wütrich a. d. O. 10, Neudamm 156, Neppen 36, Rothberg a. d. O. 10, Schmölln 172, Soldin 15, Sonnenburg 46, Witz 23, Zienitz 66. 724 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 23. Buckow 89, Friedeburg 45, Gartz 74, Gutsow 94, Leitzsch 82, Mühlberg 37, Neuhardenberg 109, Neulangsow 41, Strausberg 79, Zechin 27. 577 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 24. Angermünde 42, Gr. Neuenhof 69, Gützel 78, Jochims- thal 24, Klepe 41, Oderberg 88, Schwedt a. d. O. 72, Zäcker 50, Zehden 13, Zölln 15. 492 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 25. Biesenthal 30, Eberswalde 228, Freienwalde 138, Heeger- mühle 30, Schöppfurth 44, Wriezen 109. 579 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 26. Feldberg 33, Fürstberg 70, Gärdenbeck 12, Rygen 96, Mirow 57, Neustettin 110, Rheinsberg 70, Wefenberg 34. 482 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 27. Gransee 158, Gr. Schönebeck 35, Templin 120, Zehdenitz 219. 532 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 28. Posen 1121. 1121 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 29. Birnbaum 10, Filsene 79, Grünberg i. P. 115, Kolmar in Posen 60, Purne 42, Schmiedel 9, Schneidemühl 54, Schönlanke 8, Schwerin a. d. W. 26, Wronkowitz 42, Wronke 21, Wreschen 42. 508 Mitglieder: 1 Delegierter.

## Gau Bremen.

Wahlabteilung 30. Bremen 1780. 1730 Mitglieder: 2 Delegierte.

Wahlabteilung 31. Bremerhaven 689. 689 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 32. Aurich 36, Dithum 12, Embden 180, Leer 70, Lingen 17, Norden 124, Nordbergen 81, Weener 80, Westerstede 21. 521 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 33. Barnstorf 4, Bramsche 44, Melle 76, Munster 14, Osnabrück 864, Quadenbrück 25, Soltau 43, Sulingen 14, Verden 84, Wildeshausen 12. 680 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 34. Bielefeld 20, Bielefeld 312, Nordham 226. 582 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 35. Achim 54, Brinkum 70, Rotenburg i. S. 43, Osterholz-Scharmbeck 119, Vegesack 215, Wiefelbude 29. 530 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 36. Oldenburg 220, Varel 44, Wilhelmshaven 227, Witt- mund 98. 559 Mitglieder: 1 Delegierter.

## Gau Breslau.

Wahlabteilung 37. Breslau 1679. 1679 Mitglieder: 2 Delegierte.

Wahlabteilung 38. Waldenburg 570. 570 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 39. Deutsch-Arfa 154, Gumbrecht 68, Kriegen 24, Neu- markt 121, Sachwitz 194, Trebnitz 37, Witzgen 47. 645 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 40. Jentschberg 60, Groß-Wartenberg 17, Märzdorf 64, Oels 13, Ohlau 75, Reichenau 177. 406 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 41. Freyhan 345, Ratowitz 124, Wilsch 31. 500 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 42. Fraustadt 35, Bissa 130, Müllsch 225, Namisch 72, Trachenberg 80. 542 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 43. Freiburg i. Schl. 57, Gottesberg 47, Langenbielau 304, Leutmannsdorf 44, Neuhof 43, Neuhof i. Schl. 152, Saaran-Königszell 10, Schweinitz 91, Striegau 114. 762 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 44. Brieg 296, Kreuzburg 47, Neisse 81, Steinau 43, Strehlen 34. 501 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 45. Oppeln 529. 529 Mitglieder: 1 Delegierter.

## Gau Cöln.

Wahlabteilung 46. Barmen-Elberfeld 1127. 1127 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 47. Cöln 1975. 1975 Mitglieder: 2 Delegierte.

Wahlabteilung 48. Düsseldorf 795. 795 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 49. Aachen 151, Alfter 10, Bonn 72, Düren 95, Gummers- bach 108, Siegen 130. 564 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 50. Gießen 68, Kemsch 98, Solingen 207, Wermels- kirchen 40. 413 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 51. Grefeld 342, Rheind. 53. 395 Mitglieder: 1 Delegierter.

## Gau Danzig.

Wahlabteilung 52. Bromberg 613. 613 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 53. Danzig 1388. 1388 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 54. Königsberg 550. 550 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 55. Gydtkuhnen 22, Memel 85, Zillit 300. 387 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 56. Angerburg 6, Goldap 50, Gumbinnen 89, Lyda 52, Osterode 87, Rastenburg 118, Sensburg 27. 429 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 57. Graudenz 416, Gohensalza 45, Thorn 180. 641 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 58. Deutsch Eylau 144, Elbing 238, Gohlschhausen 52, Marienwerder 106, Strassburg i. Westpr. 80. 620 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 59. Milow 25, Jastron 3, Romh 118, Marienburg 85, Stolp 157, Rastenburg 27. 420 Mitglieder: 1 Delegierter.

## Gau Dortmund.

Wahlabteilung 60. Bochum 840. 840 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 61. Dortmund 1282. 1282 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 62. Duisburg 349, Hufort 567. 916 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 63. Essen 1350. 1350 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 64. Gelsenkirchen 533. 533 Mitglieder: 1 Delegierter.

Wahlabteilung 65. Gagen 493. 493 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 66.**  
Herne 506. 506 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 67.**  
Mülheim-Oberhausen 413. 413 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 68.**  
Borghorst 21, Camm 180, Lippstadt 18, Münster i. W. 170, Niebda 38, Rheine 32, Soest 12, Umma 42, Wesel 5. 518 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 69.**  
Görde 119, Lidenfeld 273, Mettenberg 8, Werphen a. d. Ruhr 57, Witten 110. 567 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Dresden.**

**Wahlabteilung 70.**  
Dresden 5664. 5664 Mitglieder: 6 Delegierte.

**Wahlabteilung 71.**  
Pirna 460. 460 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 72.**  
Meißen 526. 526 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 73.**  
Freiberg i. S. 259, Großenhain 247, Vossen 219. 725 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 74.**  
Meißen 422, Sebnitz i. S. 223. 645 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Erfurt.**

**Wahlabteilung 75.**  
Erfurt 907. 907 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 76.**  
Eisenach 538. 538 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 77.**  
Hainrode 91, Langensalza 116, Mühlhausen i. Thür. 150, Schlotheim 63, Treffurt 26, Wangerode 27, Zwingen 81. 504 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 78.**  
Herrn 81, Ellich 68, Franzenhausen 110, Geringsen 31, Kellern 26, Nordhausen 287, Sachsa 115, Walfenried 48. 716 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 79.**  
Gotha 387, Ruhla 68, Salzungen 73, Schmalkalden 119, Wölferhausen 25, Wajungen 95. 717 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 80.**  
Arnstadt 107, Friedr.roda 13, Jünnau 20, Jüngerleben 54, Königs 8, Riebsen 50, Schöckel 1, Sarnbach 105, Unterweißbach 160, Waltershausen 66, Weis 138. 727 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 81.**  
Goburg 160, Giesel 3, Meiningen 75, Mohr 160, Sonnenberg i. Th. 240, Steinach 68. 706 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 82.**  
Blankenburg 22, Camburg 84, Gräfenhain 37, Heßten 19, Reutenberg 28, Neustadt a. d. Orla 28, Röhne 54, Roda 17, Rudolstadt 120, Saalfeld 94, Weida 103. 616 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 83.**  
Alstedt 151, Apolda 87, Blankenhain 22, Bürgel 38, Jena 245, Kahl 73, Weimar 88. 704 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Frankfurt a. M.**

**Wahlabteilung 84.**  
Cassel 1600. 1500 Mitglieder: 2 Delegierte.

**Wahlabteilung 85.**  
Coblenz 780. 780 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 86.**  
Darmstadt 1588. 1588 Mitglieder: 2 Delegierte.

**Wahlabteilung 87.**  
Frankfurt a. M. 6937. 6937 Mitglieder: 7 Delegierte.

**Wahlabteilung 88.**  
Gießen 1054. 1054 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 89.**  
Mainz 1367. 1367 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 90.**  
Wiesbaden 1552. 1552 Mitglieder: 2 Delegierte.

**Wahlabteilung 91.**  
Kasselenburg 174, Fulda 4, Gumbach 124, Lohr 7, Marburg 96, Allendorf-Sothen 30. 435 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 92.**  
Kirm 28, Niederrhein 40, Oberstein 78, Weilburg 68. 209 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 93.**  
Frieda 101, Grödenborn 48, Hirschfeld 180, Niederhonne 37, Oberhonne 20, Reichenbach 105, Röhre 50, Ufen 10. 551 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 94.**  
Frankenberg i. S. 30, Korbach 9, Münden 140, Oberfuhr 99, Wülfungen 10, Weidenhausen 55, Wigenhausen 95. 438 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Götting.**

**Wahlabteilung 95.**  
Elegniz 450. 450 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 96.**  
Hittau 994. 994 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 97.**  
Freistadt 30, Glogau 229, Gröden i. Schl. 214, Neu-  
sch 171, Neustadt 19, Sagan 76. 739 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 98.**  
Bautzen 165, Camenabbe 160, Rabau 142, Neugersdorf 135, Oberfrieledorf 77, Seidenberg 17. 696 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 99.**  
Bernsdorf 20, Götting 521, Müllau 80, Niesky 47, Weis-  
wasser 45. 713 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 100.**  
Banslau 211, Goldberg 111, Gagnau 107, Jauer 32, Brinklau 10, Sprottau 88. 559 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 101.**  
Günnersdorf 261, Landesbut i. Schl. 50, Langens 36, Löwenberg 70, Schmiedeberg 90. 507 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Hamburg.**

**Wahlabteilung 102.**  
Hamburg 5163. 5163 Mitglieder: 5 Delegierte.

**Wahlabteilung 103.**  
Kiel 1548. 1543 Mitglieder: 2 Delegierte.

**Wahlabteilung 104.**  
Altenrade 50, Fahrensleben 102, Geide 64, Lunden 25, Scherreb 23, Sonderburg 300, Zomborn 36, Tönning 16, Westerland 48. 659 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 105.**  
Brunsbüttel 32, Glückstadt 52, Jähne 191, Kelling-  
hufen 35, Marne 41, Meldorf 22, Uetersen 58, Wisfler 30. 461 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 106.**  
Hensburg 315, Lütjen 69, Schleswig 64. 448 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 107.**  
Bornhöved 19, Gensförde 57, Heidenhof 53, Hostenau 53, Kappeln 64, Mörort 14, Preetz 65, Reudersburg 83, Süder-  
brarup 42. 450 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 108.**  
Barmstedt 55, Bramstedt 31, Elmshorn 150, Horst 23, Neumünster 200, Odesloe 157, Segeberg 35. 641 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 109.**  
Ulrichsried 95, Ochsenwörder 22, Ochsenzoll 44, Osh-  
stedt 58, Pinneberg 76, Quicksborn 24, Schnellen 62, Woll-  
dorf 27, Wedel 45. 453 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 110.**  
Bremervörde 22, Buxtehude 9, Cuxhaven 138, Harburg 359, Hemmoor 42, Jork 25, Stade 50. 645 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 111.**  
Boizenburg 32, Dömitz 30, Grabow 59, Hagenow 56, Rauenburg a. d. E. 58, Lütchen 72, Ludwigslust 33, Mölln 32, Neuhäus 46, Wittenburg 48, Zarenstein 31. 517 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 112.**  
Vergedorf 135, Geesthacht 73, Kirchwarder 30, Moore-  
burg 56, Neugamme 27, Reinbeck 46, Schwarzenbeck 68, Trittau 15. 450 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 113.**  
Bevensen 56, Bleckede 11, Ebstorf 15, Hildorf 55, Lüne-  
burg 160, Stelle 15, Uelzen 146, Wismar 52. 500 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Hannover.**

**Wahlabteilung 114.**  
Bielefeld 832. 832 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 115.**  
Braunschweig 865. 865 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 116.**  
Hannover 2792. 2792 Mitglieder: 3 Delegierte.

**Wahlabteilung 117.**  
Göttingen 600. 600 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 118.**  
Minden 566. 566 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 119.**  
Burgdorf 31, Celle 165, Fahrensleben 41, Hildesheim 332, Lachendorf 8, Lehe 44, Wittingen 24. 645 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 120.**  
Alfeld 36, Calfeld 37, Einbeck 135, Eichershausen 37, Greene 72, Gr. Fehren 7, Holsmünden 64, Stadtholndorf 62. 500 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 121.**  
Gronau 236, Hameln 885, Sarstedt 54. 675 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 122.**  
Blomberg 44, Bünde 146, Detmold 154, Herford 172, Holzhausen 96, Lemgo 58, Lübbecke 6, Salzgitter 99. 774 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 123.**  
Gersberg (Gars) 64, Lauterberg 83, Northheim 157, Osterode 361. 665 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 124.**  
Gelnhausen 135, Gersheim 18, Königsstutter 120, Reine 150, Schöningen 108. 531 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 125.**  
Nienburg a. d. W. 57, Oeynhausen 193, Stadthagen 109, Walsrode 77, Winsen a. d. Aller 52. 488 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 126.**  
Bodenom 57, Goslar 139, Gr. Ahlden 60, Garzburg 20, Jessen 3, Kissenbrück 24, Rangelsheim 78, Salzhausen 22, Seesen 174, Wollensbüttel 95. 672 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Leipzig.**

**Wahlabteilung 127.**  
Chemnitz 951. 951 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 128.**  
Mauen 752. 752 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 129.**  
Gera 740. 740 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 130.**  
Greiz 538. 538 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 131.**  
Halle 1719. 1719 Mitglieder: 2 Delegierte.

**Wahlabteilung 132.**  
Leipzig 3450. 3450 Mitglieder: 3 Delegierte.

**Wahlabteilung 133.**  
Zwickau 864. 864 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 134.**  
Mittenberg 406, Langenwiesendach 48, Klosterlausitz 89, Ronneburg 181. 673 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 135.**  
Crimmitschau 296, Witten 230, Werdau 221. 747 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 136.**  
Gitterberg 91, Mülau 73, Neudorf 61, Neichenbach i. W. 220, Schleib 160, Kriebes 88, Zeulenroda 70. 763 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 137.**  
Glauchau 229, Götting 35, Schöenstein 55, Meerane 211, Reng 76, Walzenburg 49. 655 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 138.**  
Annaberg 133, Gelsenau 110, Geyer 38, Hohenstein-Ernstthal 142, Stollberg 54, Zwickau 25. 502 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 139.**  
Rue 79, Falkenstein 385, Schneberg 63, Schöneck 17, Schwarzenberg 5, Treuen 39. 588 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 140.**  
Burgstädt 153, Jüba 89, Frankenberg 116, Rimbach 94, Oederan 33, Rohnstein 150. 640 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 141.**  
Döbeln 358, Jäms 9, Wittweiba 186, Waldheim 76. 628 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 142.**  
Borsdorf 35, Golditz 80, Dahlen 68, Geringswalde 4, Grimma 120, Leisnig 122, Mühlitz 20, Nischwitz 75, Wurzen 200. 724 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 143.**  
Borna 126, Brandis 94, Kaupitz 25, Naunhof 43, Nötha 126, Tautsch 122, Zwenkau 146. 682 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 144.**  
Ludau 88, Meuselwitz 138, Pegau 143, Schöndörf 110, Zschau 85. 624 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 145.**  
Droyßig 55, Gersdorf 149, Krayna 73, Lauterbach 67, Zeitz 330. 674 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 146.**  
Hohenmölsen 101, Lützen 29, Lützenau 31, Naumburg 150, Teuchern 82, Weißenfels 249. 642 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 147.**  
Leipzig 80, Lützen 140, Markranzsch 145, Merse-  
burg 404. 769 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 148.**  
Gönnern 22, Delitzsch 250, Gröden 78, Nebra 64, Os-  
hausen 58, Querfurt 127. 599 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 149.**  
Gießen 145, Lützen 83, Osmünde 57, Schleibitz 200. 485 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 150.**  
Bitterfeld 261, GutsMuth 217, Köthitz 182. 640 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 151.**  
Belgern 75, Großitz 100, Jüben 111, Gräfenhainichen 61, Großgörs 55, Kemberg 73, Riesa 30, Torgau 113, Tschö-  
ben a. d. E. 75. 693 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Lübeck.**

**Wahlabteilung 152.**  
Albeck 580. 580 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 153.**  
Alfrensöbüll 49, Burg a. F. 17, Büchelshof 40, Cutin 126, Fackenberg 54, Grömitz 23, Heiligenhafen 37, Lüßburg 43, Neustadt i. M. 27, Oldenburg i. S. 6, Nieseburg 70, Riepsfeld 36, Schönberg i. M. 70, Schwarzenau 66, Travemünde 21. 675 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 154.**  
Brunsbüttel 31, Doberan 60, Kerpeln 36, Neubukow 59, Ribnitz 90, Rostock 175, Sili 30, Tefsin 14, Warnemünde 41, Wismar 68. 614 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 155.**  
Griß 24, Gützkow 23, Krafow 24, Lübb 66, Malchin 36, Neustadt i. M. 10, Neustädterhütte 72, Parchim 54, Ranzin 40, Ralswiek 51, Sadow 38, Stavenhagen 52, Waren 76. 640 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 156.**  
Briell 36, Dalsen 32, Gadebusch 3, Grevesmühlen 64, Kütz 27, Neustadt 30, Riesa 25, Sternberg 22, Schwerin i. Mecklenburg 175, Wartin 29. 448 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 157.**  
Bützow 57, Dargun 29, Gnoien 103, Goldberg i. M. 28, Groß-Wöden 56, Gützkow 86, Raage 42, Mamerow 11, Neutal 83, Schwaan 72, Teterow 68. 580 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Gau Magdeburg.**

**Wahlabteilung 158.**  
Gommern 732. 732 Mitglieder: 1 Delegierter.

**Wahlabteilung 159.**  
Magdeburg 1885. 1885 Mitglieder: 2 Delegierte.

**Wahlabteilung 160.**  
Altthaleben 30, Walsleben 30, Burg i. M. 178, Göße 80, Göße 73, Genthin 124, Jerichow 34, Neu-  
thaleben 135. 694 Mitglieder: 1 Delegierter.



**Wahlabteilung 161.**

Arneburg 80, Schönhofen 24, Stendal 238, Langerhütte 24, Langermünde 86.  
**402 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 162.**

Arndsee 9, Calbe a. d. Mitte 30, Gardelegen 108, Osterburg 81, Salzwedel 158, Seehausen i. d. Alt. 75.  
**456 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 163.**

Biere 45, Groß-Annensleben 36, Gaderleben 31, Götensleben 30, Gschersleben 83, Gschensleben 105, Gschensleben a. d. Elbe 192, Seehausen (Wanzl) 86.  
**608 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 164.**

Crappenebst 70, Egeln 91, Gochstedt 28, Nienburg a. d. S. 64, Staßfurt 208.  
**461 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 165.**

Cöhring 77, Dessau 289, Krosau 87, Zerbst 161.  
**614 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 166.**

Alten 66, Barby 108, Bernburg 182, Calbe a. d. Saale 100, Cöthen 99, Jernitz 50, Jernitz 38.  
**623 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 167.**

Mölsleben 29, Breitenburg 22, Garzgerode 2, Quedlinburg 177, Nieder 61, Ammenrode 136, Wegeleben 23.  
**450 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 168.**

Dereburg 80, Halberstadt 257, Jangenstein 24, Osterwieck 20.  
**381 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 169.**

Blantenburg 157, Cappelrode 59, Hüttenrode 44, Wernigerode 200.  
**460 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 170.**

Hörsleben 170, Giesleben 121, Giesleben 28, Krosau 35, Sangerhausen 127.  
**481 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau Mannheim.**

**Wahlabteilung 171.**

Heidelberg 774.  
**774 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 172.**

Karlsruhe 2247.  
**2247 Mitglieder: 2 Delegierte.**

**Wahlabteilung 173.**

Mannheim 3195.  
**3195 Mitglieder: 3 Delegierte.**

**Wahlabteilung 174.**

Hofheim 866.  
**866 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 175.**

St. Johann 1421.  
**1421 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 176.**

Kaiserslautern 280, Landstuhl 213, Palsenstein 13.  
**549 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 177.**

Gengenbach 38, Offenbach 127, Freiburg i. Br. 268.  
**433 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 178.**

Neustadt a. d. S. 120, Rorheim (Pfalz) 33, Schweighausen 100, Speyer 281, Elmstein 16.  
**530 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau München.**

**Wahlabteilung 179.**

Mugsburg 641.  
**641 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 180.**

München 3500.  
**3500 Mitglieder: 4 Delegierte.**

**Wahlabteilung 181.**

München 40, Berchtesgaden 38, Laufen 12, Prien 41, Reichenhall 86, Rosenheim 100, Schliersee 10, Traunstein 89, Tölz 8, Wasserburg 25, Westerland 10.  
**459 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 182.**

Kochach 38, Bruch 5, M. 97, Diefen 63, Erding 24, Ingolstadt 60, Kaufbeuren 55, Kempten 25, Kempten 110, Landsberg a. Lech 32, Lindau 21, Memmingen 34.  
**579 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 183.**

Mitteltal 48, Freising 72, Golling 26, Landsberg 97, Mühldorf 47, Neuburg 19, Neumarkt 7, Passau 79, Pfarrkirchen 81, Pfaffing 88, Simbach 10, Straubing 90, Wilsdorf 10.  
**574 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau Nürnberg.**

**Wahlabteilung 184.**

Bamberg 482.  
**482 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 185.**

Nürnberg 1753.  
**1753 Mitglieder: 2 Delegierte.**

**Wahlabteilung 186.**

Würzburg 662.  
**662 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 187.**

Ulm 32, Herbrud 39, Regensburg 580, Schwandorf 104.  
**705 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 188.**

Altenberg 100, Altdorf 18, Ansbach 71, Dürrenwangen 48, Ebneth 144, Heilsbrunn 49, Kauf 39, Kitz 45, Kitzburg a. d. S. 20, Schwanau 60, Schillingstift 12, Schopfloh 163, Weiskirchen 42.  
**757 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 189.**

Bayreuth 226, Burgundorf 5, Gelnhausen 29, Hof 250, Kronach 25, Kulmbach 61, Regau 60, Seib 35.  
**691 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 190.**

Erlangen 130, Eichenau 87, Forchheim 93, Großhabersdorf 19, Herzogenaurach 75, Kitzingen 75, Schweinfurt 115, Weiskirchen 27.  
**571 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau Obersachsen.**

**Wahlabteilung 191.**

Ratibitz 426, Pleß 87, Schöppnitz 28.  
**491 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 192.**

Antoniushütte 160, Beuthen 136, Königschütte 126, Laurahütte 100, Jährze 65.  
**587 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 193.**

Alt-Cosel 98, Gleiwitz 75, Kradowitz 56, Kradowitz 36, Weiskirchen 136.  
**401 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 194.**

Deutsch Rastowitz 122, Dirschel 73, Dzielen 56, Mahkisch 15, Derglogau 34, Ostrositz 208, Ratibor 81, Scharau 52.  
**641 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau Stettin.**

**Wahlabteilung 195.**

Stettin 591.  
**591 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 196.**

Barth 78, Bergen a. R. 154, Garz a. R. 36, Greifswald 107, Grimmen 43, Nichtenberg a. Franburg 44, Straßburg 98, Trübsee 40.  
**600 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 197.**

Antklam 134, Bantitz 83, Gützkow 33, Rastau 23, Süß bei Antklam 17, Swinemünde 205, Uckermark 88, Wolgast 68, Zimmoritz 19.  
**672 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 198.**

Brüssow 8, Demmin 152, Friedland i. M. 80, Gollchen 88, Jarmen 25, Rost 13, Neubrandenburg 71, Prenzlau 73, Stargard i. M. 46, Stralsund i. d. N. 26, Trepow a. d. S. 98, Wolgast 80.  
**715 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 199.**

Blumenthal 21, Bock 34, Eggstein 33, Eichhof 41, Groß-Ziegenort 45, Hammer b. B. 22, Hammer b. F. 30, Hammelstall 42, Heinrichswalde 34, Jahnitz 100, Jahnitz 15, Meiersberg 71, Pöhlitz 60, Pöhlitz 73, Rostowitz 27, Torgelow 45.  
**693 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 200.**

Alt-Damm 58, Cammin 25, Fiedichow 27, Garz a. d. Oder 35, Greifenberg 17, Greifenberg 64, Gollnow 48, Gollnow i. Pom. 15, Jüterbog 22, Königsberg i. d. N. 36, Misdroy 3, Pöhlitz 39, Siedebollentin 34, Trepow a. d. N. 34, Wollin 22.  
**479 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 201.**

Arnswalde 62, Bahn 148, Bernitz 17, Jacobschagen 10, Mitten 25, Pritz 115, Regenwalde 24, Rügenwalde 30, Stargard i. P. 27, Woldenberg 100.  
**618 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 202.**

Belgard 16, Bublitz 65, Callies 20, Colberg 177, Cölln 154, Hammerstein 52, Neustettin 138, Pätzke 15, Pöhlitz 18, Pöhlitz 10, Schwelbese 55, Schlawe 66, Zülthagen 7.  
**688 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau Straßburg i. Ell.**

**Wahlabteilung 203.**

Straßburg i. Ell. 1013.  
**1013 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 204.**

Metz 409, Trier 49.  
**458 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 205.**

Mülhausen 312, Zabern 15.  
**327 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 206.**

Bloßheim 62, Colmar i. E. 100, Hülzingen 90, Hülzingen 200.  
**452 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Gau Stuttgart.**

**Wahlabteilung 207.**

Stuttgart 2280.  
**2280 Mitglieder: 2 Delegierte.**

**Wahlabteilung 208.**

Ubingen 31, Göttingen 109, Geislingen 56, Konstanz 32, Nalbach 30, Ravensburg 10, Schramberg 22, Schwemingen 10, Singen 87, Tettnang 12, Zülthagen 4, Ulm 75, Wiblingen 12.  
**490 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Wahlabteilung 209.**

Heilbronn 250, Heilbronn 25, Heilbrunn 151, Neulingen 143, Tübingen 105, Wadendorf b. F. 42.  
**720 Mitglieder: 1 Delegierter.**

**Sterberegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorsitzenden ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsitzenden zu überreichen:**

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitglieds und
- b) die Sterberegeldbescheinigung.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 18. bis 23. Mai für folgende Mitglieder erteilt:

Mar. Jocham-Straubing, Verb.-Nr. 215 025; Alf. Wertsch-Gamberg, 27 813; Heinz. Kung II a. Frankfurt a. M. (Frank), 22 148; Alf. Wertsch-Gamberg, 122 624; Jos. Koffler-Wilgen, 179 575; Gg. Hermann-Wilgen, 263 654; Franz. Weiskirchen, 35 270; R. Kammerer-Landsberg a. L., 167 059; Karl. Schmitt-Herberg (Frank), 92 952; R. Dammmeier-Karlshof, 144 404; G. Hingel-Galle (Frank), 323 364; R. Zafingener-Landsberg, 290 093; R. Angermeyer-Landsberg, 395 140; Friedr. Schulze-Gardelogen (Frank), 70 888; R. Wiener-Wilgen, 107 780; G. Weiskirchen-Berlin, 6369; G. Hingel-Galle (Frank), 18 017; G. Wertsch-Gamberg (Frank), 179 835; Fr. Groß-Wilgen (Frank), 96 012; Ferd. Schweizer-Stuttgart, 302 127; Jos. Capelli-Berlin, 337 371; Gg. Kung-Danzig, 312 008; G. Kallenbach-Gießen, 112 818; Gg. Weiskirchen-Frankfurt a. M. (Frank), 271 847; Gg. Kung-Sensingen, 142 275; Gg. Kung-Berlin (Frank), 670; G. Müller-Gamberg, 115 900; Franz. Schöpp-Gamberg, 29 614; J. Krogel-Wilgen (Frank), 34 284; Carl. Klemm-Berlin, 502 359; Jos. Schelbauer-Regensburg, 386 107; R. Kormann-Halle, 24 747; R. Kormann-Regensburg, 146 061; Gg. Kallenbach-München, 171 390; G. E. Kemmer-Dresden, 329 800; Otto. Weiskirchen (Frank), 187 280; Gg. Wertsch-München (Frank), 49 828.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Koffler, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 17. bis 23. Mai 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

**a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**

Gießen M. 723,50, Gamm 270,36, Neumünster 50,68, Heidelberg 645,80, Belgien 43,99, Wodwig 145,92, Jacobschagen 7, Riedel 30,70, Lorgau 25, Dresden 33,42, Neubrandenburg 3,25, Dortmund 1600, Bremerhaven 800, Werdau i. Sachsen 500, Frankfurt a. d. S. 450, Jütten 400, Weiskirchen 300, Eisenach 300, Weiskirchen 265,40, Orlau 100, Seehausen b. Weiskirchen 100, Jork 25, Wissa 8,60, Kugsborg 600, Eilenburg 300, Weiskirchen 200, Weiskirchen 100, Schwandau 100, Landrecht 30, Gernie 300, Weiskirchen 550, Eignitz 400, Weiskirchen i. Th. 300, Weiskirchen 280, Grünberg i. S. 200, Weiskirchen 200, Weiskirchen 120, Weiskirchen 120, Weiskirchen-Grünthal 100, Weiskirchen 30,56, Chemnitz 800, Bromberg 600, Weiskirchen i. Ell. 450, Nordhausen 400, Weiskirchen 30, Karlsruhe 700, Weiskirchen 100, Weiskirchen 100, Weiskirchen 75, Weiskirchen 35, Weiskirchen 15, Weiskirchen 160, Weiskirchen 100, Weiskirchen 100.

**b) Für Futterale.**

Werdau M. 5, Weiskirchen 10.

**c) Für Kalender.**

Jacobschagen M. 5.

**d) Für Statistik und Tarifverträge.**

Weiskirchen M. 5, Zülthagen 5.

**e) Für „Referentenführer“.**

Neuruppin und Nordhausen je 70 M.

**f) Für Protokolle.**

Nordhausen M. 1.

**g) Für „Grundstein“-Einband-Decken.**

Weiskirchen M. 3,60, Gamm 8.

**h) Für Banarbeitsführer.**

Weiskirchen 70 M.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Mitgliedsbuch eingeleistet haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Hrn. Stolpe-Hamburg (Verb.-Nr. 28 480), Herrn. Grube-Berlin (5019), Paul. Koffler-Berlin (11 547), Jacob. Groß-Nietz (33 852), Wils. Weiskirchen (76 846), Carl. Kallenbach-Fürstberg (90 983), Wils. Weiskirchen (109 201), Frdr. Schulze-Weiskirchen (42 632), Frdr. Weiskirchen-Weiskirchen (115 269), G. Hermann-Wilgen-Dresden (144 876), Gg. Weiskirchen-Weiskirchen (149 200), Emil. Weiskirchen (154 239), Hrn. Meyer-Delmenhorst (157 412), Paul. Koffler-Danzig (224 831), Karl. Weiskirchen-Heilbronn (308 984), Carl. Kallenbach-Frankfurt a. M. (305 990), Julius. Weiskirchen (318 432), Frdr. Kallenbach-Weiskirchen (358 927), Frdr. Kallenbach-Halle (359 306), Herrn. Kallenbach (379 008), Karl. Weiskirchen-Frankfurt a. M. (419 052), Frdr. Kallenbach (436 009), Ph. Weiskirchen-Berlin (442 750), Jac. Kallenbach-Weiskirchen (466 241), Jos. Kallenbach (471 222), Herrn. Kallenbach-Berlin (489 471), Fr. Kallenbach-Berlin (106 982), Paul. Kallenbach (236 963), Otto. Kallenbach-Gerne (311 417), Hrn. Kallenbach (399 988).

**Der Verbandsvorstand.**

**Berichte.**

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Veranlassungen sendet man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

**Braunschweig. (Situationsbericht.)**

Die Bautätigkeit ist in diesem Jahre noch schlechter als in den früheren Jahren; sie wird daher noch mit Unterstützung der Behörden künstlich zurückgehalten. In Arbeit find 21 Wohnhäuser, 9 Neubauten für gewerbliche und industrielle Zwecke, 14 Erweiterungsbau. Umbauten für gewerbliche und industrielle Zwecke, 6 bauliche Veränderungen, 4 öffentliche Bauten, 3 Abbrüche und kleinere Bauarbeiten (Rückstellen). Ueber die leerstehenden Wohnungen gibt die städtische statistische Stelle folgendes bekannt: Am 1. November 1907 waren in der Stadt Braunschweig 671 leerstehende Wohnungen mit einem jährlichen Gesamtmietwert von M. 198 143 vorhanden, und zwar in den Vorderhäusern 576, in den Seiten- und Hintergebäuden 56. Nach dem jährlichen Mietpreise berechnet, fanden leer: Wohnungen im Preise bis M. 149 (also kleine Häuser für einzelne Personen) 224; im Preise von M. 150 bis M. 199 187; im Preise von M. 200 bis M. 299 (also Wohnungen für Arbeiterfamilien) nur 83; im Preise von M. 300 bis M. 399 47; von M. 400 bis M. 499 39; von M. 500 bis M. 599 29 und im Preise von M. 600 bis über M. 1000 73 Wohnungen. Im Jahre 1906, im Oktober, fanden noch 1495 Wohnungen mit einem Gesamtmietwert von M. 423 797 leer. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen hat sich also im Laufe des einen Jahres um über die Hälfte, um 824, vermehrt. Heute kann man schon mit gutem Recht von einer Wohnungsnot sprechen. Denn die 80 leerstehenden Wohnungen, die jetzt als Auswurf für die vielen tausend Arbeiterfamilien in Betracht kommen, entsprechen einem normalen Verhältnis bei weitem nicht mehr. Gleichwohl werden aber immer noch keine Häuser für Arbeiter gebaut, nur die Bau-genossenschaft sorgt etwas dafür, daß die Bäume der Wunschepekanten nicht so hoch wachsen; sie hat am 1. Oktober 48 Wohnungen bezugsfähig, die aber schon, als kaum der Rohbau angefangen war, fast alle vermietet waren. Wir können den Vertretern unserer Organisation nur dank wissen, daß sie durch ihr geistiges Verhalten in den Verhandlungen das drohende Gespenst der Ausperrung von uns ferngehalten haben; denn, wäre es zur Tatsache geworden, der Ausgang wäre nicht günstig für uns gewesen. In dem Ver-



halten unserer Unternehmer konnte man merken, daß auch wir uns abgemüht werden sollten. Jegendwelche tarifliche Ermäßigungen gibt es bei uns nicht; unsere Scharfmacher sagen, daß Tarife für die Unternehmer ein Unglück wären. Uns ist auch kein Vertragsunternehmer unbekannt worden. Der Standpunkt unserer Unternehmer ist eben: Wir wollen keinen Tarif! Unsere führende „Größe“ meinte ja auch, 1910 gibt es überhaupt keine Tarifverträge mehr in Deutschland; das war aber im Winter. Denn wir den Unternehmern im ganzen Zweigerechtsgebiet nicht so sehr auf die Finger zeigen, so hätten sie ja schon liberal Lohnreduzierungen durchgeführt. In Beside machte der erste Scharfmacher den Anfang, er zog 2 1/2 ab; die Kollegen waren aber auf dem Boden, oder sagten ihm: Entweder du läßt den alten Lohn, oder es wird Schluß gemacht. Das half. Maurermeister Möhle aus Thiede hat Arbeit auf der Rüniger Mühle, er zahlte dort 45 1/2 Stundenlohn. Er gehört aber zum Braunschweiger Lohngebiet, es hätten also 55 1/2 gezahlt werden müssen. M. verlangte sich, mehr als 45 1/2 zu zahlen, und deshalb wurde die Sperre über ihn verhängt. In diesem Fall können wir sehen, wie Unternehmer ihre eigenen Beschlüsse halten. Jedenfalls durch zwei von uns verhängte Sperren besteht, ist in der Generalversammlung vom 6. April vom Landesarbeitgeberverband folgender Beschluß gefaßt worden: „Jedes Mitglied eines dem Landesverband angehörenden Arbeitgebers ist verpflichtet, die Ausführung von Arbeiten im Gebiet eines anderen Arbeitgeberverbandes bezüglich der dort angewandten Lohn- und Arbeitsbedingungen innezuhalten. Diesen Beschluß hat Herr M. selbst mit gefaßt, sagte aber dem Schreiber dieses in der Verhandlung, das trafe auf ihn nicht zu, er liege sich von den Braunschweiger Unternehmern keine Vorurteile machen, wie weit deren Lohngebiet ginge. Der Vorsitzende des Landesarbeitgeberverbandes wurde unterdessen von der Sache benachrichtigt und war auch mit der Sperre einverstanden, wenigstens hat er nichts getan zur Beilegung der Differenzen. Wir werden uns dies für später merken. Nach zehntägiger Dauer wurde die Sperre durch Vergleich zu unseren Gunsten beendet. Derjenige obengenannte Unternehmer mußte dann auch die im Winter mit uns vereinbarte Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 1/2 zahlen. In Schieds haben die Kollegen nach vorheriger Mißsprache mit den Unternehmern einen Tarif eingereicht. Maurer- und Zimmerer haben aber keine Antwort erhalten, statt dessen sind sofort schwarze Listen angefertigt und verhandelt worden. Alle noch nicht angefangenen Arbeiten wurden zurückgestellt, und dann verbreiteten die Unternehmer noch das Gerücht, die Maurer wollten am 11. Mai streiken. Wir machen nun gern nicht das, was die Unternehmer wollen, werden ihnen aber so leicht keinen Streik wieder einzuleiten. Der erste Scharfmacher am Orte, der selbst gar keine Arbeit hat, ist natürlich die Triebfeder davon, daß keine Einigung zu Stande kommt. — Eine ziemlich harte Verdrängung der Bauhandwerker leitete sich der Vorstand der Gannoberischen Bauverbundgenossenschaft zu der auch Braunschweig als Section gehört, in einem Artikel in Nr. 17 dieses Jahrganges der „Arbeitgeberzeitung“ für das Baugewerbe, überschrieben: „Mahnahmen der Berufsvereinigungen zur Bekämpfung des Alkoholismus“. Es heißt dort: „Die Gannoberische Bauverbundgenossenschaft verbietet ebenfalls den Genuß von alkoholischen Getränken und deren Vertrieb auf der Baustelle, verpflichtet jedoch den Arbeitgeber, für genehmigtes Trinkwasser auf der Baustelle Sorge zu tragen. (Die meisten Unternehmer sorgen nicht für Trinkwasser, die Polizei am allerwenigsten. Anm. d. B.) Nichts bedenkend ist, daß der Genossenschaftsvorstand dieser Berufsvereinigungen es nicht für angebracht hält, irgendwelche Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus anzuwenden, da sie an dem guten Willen der Arbeiter scheitern. Die technischen Aufsichtsbeamten begegnen einem heftigen Widerstande seitens der Arbeiter bei den Verjude, das Verbot des Genußes geistiger Getränke durchzuführen. Der Genossenschaftsvorstand hält die Schule oder auch Vereine (Guttempler usw.) für geeignet zur Bekämpfung des Alkoholismus, nicht aber die Berufsvereinigungen.“ Fragen wir uns, woher diese Forderung kommt, so will man etwas ganz anderes dabei bezwecken, nämlich nach wie vor die Arbeiter verdrängen, daß die meisten Unfälle durch den Genuß von Alkohol herbeigeführt werden. Uns hindert keine Fälle bekannt, wo die Aufsichtsbeamten bei der Durchführung des Verbots bei den Arbeitern auf Widerstand gestoßen wären. Das wissen wir aber, daß, obwohl in unserer Bauordnung für das Herzogtum und in den Unfallversicherungsvorschriften ein Paragraf enthalten ist, wonach der Genuß von Branntwein, Bier- und sonstigen geistigen Getränken während der Arbeitszeit, ebenso der Genuß mit solchen Getränken auf den Arbeitsstellen verboten ist, nur beim Unfallstrafen dieser Verordnung etwas auf die Durchführung gesehen worden ist, während heute in erster Linie die Polizei auf den Baustellen durchdringt, indem sie den Verbot auf den Baustellen auf eigene Rechnung betreiben oder sich in die Prozesse mit dem Arbeitsmann teilen. Hier kann auch nicht, wie in der Notiz angeführt ist, der Guttempler-Wäpfe schaden, sondern die gewerkschaftliche Schule. Deshalb, Kollegen, hinein in die Versammlungen, hört Euch Vorträge an, damit Ihr Euren richtigen Feind, das Kapital in seiner Gestalt kennen lernt.

**Cöslu.** Am 13. Mai tagte im Lokale des Herrn Krause eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich mit dem Tarif beschäftigte. Da unsere Unternehmer bisher dem Arbeitsvertrag nicht angehört, sondern alle Schriftstücke mit der Zusage gewährt worden sind, waren wir der Meinung, den in Berlin vereinbarten Tarif nicht anzunehmen. Es haben mehrere gemeinsame Unternehmungen stattgefunden, aber ohne entgegengesetztes Resultat. Jetzt haben sich mit einem Male unsere Unternehmer dem Bund angeschlossen und die Versammlung hatte zu beschließen, solchen Vertrag anzunehmen, lieber auf alles zu verzichten. Da uns aber laut Vertrag in diesem Jahre 3 1/2 und im nächsten Jahre wieder 1 1/2 Lohnerhöhung zugesagt werden, wurde der ganze Vertrag mit vier Stimmen Majorität angenommen.

**Danzig.** Am 7. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Carl Beyrend durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dann wurde die Abrechnung vom ersten Quartal besprochen. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M. 5449,92, die Ausgabe M. 2002,55, mithin verblieb ein Kassenbestand von M. 3447,37. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Treynis legte nun sein Amt als Kassierer nieder, da der zweite Beamte, Kollege Dreffen, die Kassenführung übernehmen sollte, auch gleichzeitig von der Versammlung gewählt wurde. Hierbei wurde auch das Manco des ersten Kassierers auf M. 30 festgestellt. Dann referierte Kollege Dreffen über Kassenkämpfe einst und jetzt. In „Verschiedenes“ schilderte Kollege Grünhagen die Arbeitslosigkeit und wie können wir helfen. Ueber diese Frage war sich der Vorstand schuldig geworden, daß jedem Kollegen, der über zehn Wochen arbeitslos sei, die Arbeitslosenmarke bis zum 1. Mai auf Kosten der Lokalkasse gestellt werden. Der Antrag wurde, nachdem einzelne Redner dafür und dagegen gesprochen, einstimmig angenommen. Dem Kollegen Wicke wurde eine Entlassung von M. 20 gewährt zur Verstärkung der Löhnen zum Begräbnis seines Kindes. Kollege Grünhagen machte bekannt, daß in den nächsten Tagen eine Versammlung einberufen wird, um Stellung zur Randtagssatzung zu nehmen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß einzelne Unternehmer den Lohn von 54 1/2 nicht zahlen wollen, und wurde beschlossen, es der Schlichtungskommission zu überweisen. Mit dem freudigen Bemerkten, daß es die letzte Versammlung unter polizeifreier Aufsicht sei, wurde diese mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

**Dortmund.** Am 13. Mai hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als erster Punkt stand der Vorstandsbericht und die Abrechnung vom ersten Quartal auf der Tagesordnung. Den Vorstandsbericht gab Kollege Klein. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir, daß im Quartal keine Fortschritte betreffs Mitgliederzunahme gemacht worden sind. In den Randtagssatzungen betrug die Mitgliederzahl im ersten Quartal 1907 676, jetzt 509, in der Stadt hatten wir damals 984 Mitglieder, jetzt 705. Die Ursachen sind wohl darin zu suchen, daß die Bauwirtschaft gegen das Vorjahr sehr zurückgegangen ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Preise, auch für den ganzen Sommer anhalten wird. Denn in manchen Orten des Bezirks ist bis jetzt noch kein Neubau zu finden, und die dortigen Kollegen sind gezwungen, auf den Boden zu arbeiten. Auch in der Stadt läßt die Bauwirtschaft zu wünschen übrig. Das Schmerzenskind am Orte ist die Section der Zementreuter. Zur Zeit gehören ihr 25 Kollegen an, und da ein großer Teil Maurer in der Betonbranche beschäftigt wird, forcierte Kollege Klein in seinem Bericht, daß sie der Section ein größeres Interesse entgegenbringen sollten. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden in 38 Versammlungen, 12 Besprechungen und 10 Vorstandssitzungen erledigt. In der Diskussion meinte Kollege Pfaffenberg, daß das Schwerkloß der Agitation bei den Zementreutern auf die Baustellen gelegt werden müsse, statt in die Duden; denn auf allen Baustellen fänden Betonarbeiten vor, oder der ganze Bau würde in Beton ausgeführt, die Maurerarbeiten würden mehr und mehr verdrängt und bei Lohnbewegungen sei mit den auf diesen Bauten beschäftigten Arbeitern stark zu rechnen. Die Quartalsabrechnung gab der Kollege Widlauer bekannt. Die Einnahme und Ausgabe der Kassa liefen sich mit M. 3809,95 ab. Die Einnahme der Lokalkasse betrug influssige Sparkassenbestand M. 14875,94, die Ausgabe M. 8193,78, es bleibt mithin ein Bestand von M. 11682,16, worin das mit eingerechnet ist, was sich in den Kassenstellen befindet. Die Revisionen besaßen, daß sich alles in bester Ordnung befinden hätte. Darauf wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Angekommen wurde der Antrag des Kollegen Hausler, daß die Abrechnungen zu verständlichen und jedem Versammlungsbesucher auszuhandigen seien. Den Kartellbericht erstattete der Kollege Pfaffenberg. Von Wichtigkeit für die Mitglieder ist, daß die Gewerkschaftsbibliothek nach der Kellertage verlegt wird. Laut der Abrechnung des ersten Quartals sind die Maurer ihren Verpflichtungen betreffs der Gewerkschaftsbeiträge nicht nachgekommen. Der Kartellbericht lautet, pro Woche und pro Kopf 5 1/2 zu zahlen. Der Berichterstatter erregte die Kollegen, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen. Bedauerlich ist, daß die Kollegen den Kartellbericht zu wenig Interesse entgegenbringen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde für den Kollegen Frischmeier der Kollege Kötter als „Grundstein“-Korrespondent gewählt. Der Kollege Widlauer machte auf die vom nächsten Donnerstag an regelmäßig stattfindenden Bau-delegiertenversammlungen aufmerksam, wo jede Baustelle durch einen Delegierten vertreten sein müsse. Kollege Beyrend rügte die Nacharbeit bei dem Unternehmer Weber an den Kossöfen. Kollege Widlauer erklärte, daß sich dagegen nichts machen ließe. Kollege Pfaffenberg forderte die Kollegen, die bei Innungsmeisteren beschäftigt sind, auf sich ein Statut der Innungsfrankenkasse zu fordern. Nachdem noch einige unbedeutende Sachen erledigt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Erfeld-Barnen.** In der Nr. 19 der christlichen „Baigerwerkschaft“ vom 10. Mai befindet sich auch ein Versammlungsbericht aus Barnen, in dem wieder einmal über das Verhalten der „Genossen“ geredet wird, wie dies ja bei diesem Blättchen gar nicht anders denkbar ist. Reht es doch in Ermangelung eines besseren Stoffes nur vom Schimpfen auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften und von der Beweiskräftigkeit der christlichen, angeblich politisch „neutralen“ Gewerkschaftsbewegung. Wir würden hierüber auf gar keine Notiz genommen haben, wenn nicht allzu grobe Unwahrheiten und derbe Schmier darin enthalten wären. In dem Bericht heißt es unter anderem: „Unter „Verschiedenes“ teilte ein Kollege mit, wie man auf Seiten der „Genossen“ das Affordhysystem pflege. Ein Kollege vom freien Verband habe bei einer hiesigen Firma den Quadratmeter Lohngewalt für M. 1,75 übernommen und die Arbeit nur 60 1/2 an seine Mitkollegen weiter-gegeben. Der Kollege habe also beinahe 75 pSt. (?) an seinen Mitkollegen verdienen wollen. Für einer solchen Ausbeutung in den eigenen

Reihen dürften sich die Genossen auch nicht beschweren, wenn die Unternehmer daselbst tun. Wir haben hierzu folgendes zu bemerken: Aus der oben angeführten Notiz geht nicht hervor, ob es sich um Maurer- und Zugarbeiter handelt. Nach unseren Feststellungen handelt es sich um Zugarbeiter in einem Amtsgerichtsgebäude in Erfeld. Es ist allerdings richtig, daß einer unserer Kollegen diese Arbeiten in Erfeld übernommen hat, aber nicht zu dem Preise von M. 1,75 pro Quadratmeter Lohngewalt, sondern für 65 1/2 pro Quadratmeter Lohngewalt und 45 1/2 pro Quadratmeter Wandputz. Diese Preise beziehen sich jedoch auf geriebene Putz. Für die Gänge wurde jedoch von der Bauleitung angedeutet, daß der Putz mit Kalt abgelaßt werden sollte, worfür noch ein Zuschlag von 15 1/2 pro Quadratmeter gezahlt wurde. Diesen Preis haben die Kollegen, die die Arbeit ausführten, auch erhalten, so daß der Kollege an diesen Arbeiten keinen Pfennig verdient hat. Trotzdem portieren die wahrheitsliebenden Genossen auf den Baustellen das Gerücht, der Kollege habe an dieser Arbeit M. 2000 verdient. Wir sind gewiß die ersten, die die Arbeiterarbeit bejubeln wollen, weil wir wissen, daß sie, besonders in dieser Form, nur zu sehr geeignet ist, Mistrauen und Zwietracht innerhalb der Kollegenschaft herbeizuführen, weshalb wir unseren Kollegen den guten Rat erteilen, in Zukunft sich auf solche Sachen nicht mehr einzulassen. Weiter heißt es in dem Bericht, die Versammlung habe besonders „auffallend“ gewirkt. Wenn dem christlich organisierten Bauarbeitern des Bupersals keine bessere geistige Kost als die oben angeführten unmaßigen und unklaren „Beweisungen“ und die haarsträubende Prozentberechnung geboten wird, so beneiden wir sie nicht darum. Dem schwarzen Prozentrechnen aber möchten wir raten, erst einmal einen Kursus in Prozentrechnen durchzumachen, damit er derartige Schnitzer, die einem Volkshüter der ersten Schulfasse nicht beizubringen vermögen, verzeihe. Sonst verfallt er selbst als auch der Berichterstatter der „Baigerwerkschaft“ der Lächerlichkeit.

**Freihau-Kroitzschin.** Am 18. Mai hielt unser Zweigverein in Gemeinschaft mit der Verbandsgaststätte der Zimmerer eine Versammlung ab, um Stellung zu der Lohnfrage zu nehmen, da unser Vertrag am 15. Mai abläuft. Kollege Köster aus Breslau hielt das einleitende Referat. Er wies darauf hin, daß der Beschluß vom 20. April, wonach eine Lohnzulage von 7 1/2 pro Stunde gefordert werde, nicht aufrecht zu erhalten sei; er schlage deshalb vor, die Forderung auf die zweihundertstündige Arbeitszeit auf eine Lohnzulage von 4 1/2 pro Stunde zu beschränken. Der Referent der Zimmerer sprach in denselben Sinne. Es wurde auch beschlossen, an diesem Vorfall festzuhalten und auf Grund dieser Forderung mit den Unternehmern zu verhandeln. — Zur Gastfreundschaft in Breslau wurden die Kollegen Schade, Jonslau und Depatte delegiert. Ein Kollege, der schon mehrfach getrichen werden mußte und auch schon Streikführerdienste geleistet hat, daß schließlich um seine Wiederaufnahme. Es wurde beschlossen, ihn gegen eine Buße von M. 20 wieder aufzunehmen.

**Kulda.** Den 21. und 22. Mai am hiesigen Amtsgericht führt der Unternehmer Bingenfeld aus Hünfeld aus. Der Anbau wurde im vorigen Jahre noch unter Dach gebracht. Gegenwärtig sind ca. 60 Maurer daran beschäftigt. Vor kurzer Zeit kam es eines Montags zu einem Streik. Der Grund dazu war eine Lohnförmung. Im vorigen Jahre wurden dort 38 bis 39 1/2 gezahlt, bei der Wiederaufnahme der Bauarbeit in diesem Jahre aber nur 34, 35 bis 36 1/2. Die Lohnförmungen sollen ganz willkürlich festgelegt haben. Hier und da ist auch maximal 1 1/2 angelagt worden. Nun stellen neulich die dort beschäftigten Maurer den Zeitpunkt für gekommen, um den alten Lohn wieder zurückzubekommen. Einstimmig legten sie die Arbeit nieder, um — am nächsten Tage wieder zur Arbeit zurückzukehren. Außer einigen, die christlich organisiert sind, ist keiner im Verband. Daher der Häufige, laienhafte Verlauf und daher die Abzüge. Die Unlust, M. 3 Beitrag pro Woche an den Verband zu zahlen, müssen sie nun mit einem Mindereinkommen von 60 1/2 bis M. 240 wöchentlich büßen. Deutlicher kann der Wert der Organisation nicht vor Augen geführt werden. Mäße dieses Beispiel auch anderweitig Beachtung finden und auf den Ernst der Zeit aufmerksam machen. Es wäre endlich an der Zeit, daß unsere Kollegen in diesem finsternen Winkel etwas weniger lamentieren, dafür etwas mehr tun würden. Die anverwandte Demut und die daraus fließende Charakterlosigkeit läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Mit einigen geistlichen Wochenbeiträgen läßt sich die Welt noch nicht ändern. Ein Verbandsfunktionär ist auch kein mit göttlichen Machtvollkommenheiten ausgerüsteter Mensch, der Wunder verrichten kann und jeden Wunsch der Kollegen ohne deren Mißbilligung erfüllen kann. Datum abgeheißt die Schwachgeirei und die kindischen Auffassungen! Die Pflicht erfüllt! Dann wird es auch hier Licht werden.

**Görlitz.** Sonabend, den 16. Mai, hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung ab, die nur mäßig besucht war. Die Abrechnung wurde vom Kassierer vorgelegt und den Revisoren für richtig erklärt. In „Verschiedenes“ enthielt sich eine lebhaft Debatte. Es wurde gesagt, daß Kollegen, die vor dem Rammelsberge acht Stunden arbeiten, hier noch bei den Unternehmern arbeiten, obgleich hier noch Kollegen außer Arbeit sind. Der Vorstand war der Ansicht, daß die Kollegen billiger arbeiten, da die Unternehmer sie sonst nicht beschäftigen würden. Es wurde aber klargestellt, daß die Kollegen erst sechs Wochen warten müssen, ehe sie Geld bekommen, und daß sie eine große Familie haben. Am 10. und 11. über Wasser zu halten, arbeiten sie hier die paar Stunden noch. Der Vorstand wurde beauftragt, bei dem Unternehmer vorstellig zu werden, damit dieser Liebskind abgeheißt werde. Einem Kollegen, der im vergangenen Jahre im Stollenbau zu Oder verunglückte und der jetzt als Krüppel aus dem Krankenhaus ohne jegliche Geldmittel entlassen ist, wurden M. 10 aus der Lokalkasse bewilligt.

**Sagen i. B.** In der am 13. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung besaßte man sich mit dem Schiedsgericht. Kollege Dege schiederte den Verlauf der Verhandlungen und betonte ausdrücklich, daß der Schiedsgericht Arbeitern keine Vorteile bringe. Die gegenwärtige schlechte Situation im Baugewerbe sei nicht dazu angetan, einen



Kampf zu führen; man solle auch nicht kämpfen, wenn die Unternehmer es wollen, sondern man solle der Kampf führen, wenn die Arbeiter die Zeit für günstig erachten. Das geplante Attentat der Unternehmer auf die bauerwerblichen Organisationen, sowie ihr Mißtrauen seien durch die Haltung der Organisationsleiter zu nicht geworden. Redner empfahl die Annahme des Schiedsspruches, in der Hoffnung, daß im Jahre 1910 für das ganze Gebiet eine enorme Steigerung des Lohnes sich zeigen werde. Die Ausführungen der Diskussionsredner bewogen sich im Sinne des Referenten. Die Abstimmung ergab die Annahme des Schiedsspruches. Wegen vorgerückter Zeit wurde von einem Vortage des Kollegen Schewitsch Abstand genommen. Es wurde dann nochmals auf den Beschluß, betreffend die Meißner, hingewiesen, der besagt, daß die Kollegen, die am 1. Mai arbeiteten, 50 % in die Lokalfasse zu zahlen haben. Nachdem noch das unvollständige Verhalten einzelner Kollegen auf der Fabrik Weismann, bezüglich Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, bekanntgegeben, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, die Beiträge möchten pünktlich bezahlt und die nächste Versammlung besser besucht werden.

Die Gasthellen Hohenlimburg, Kierlohn, Geseisberg, Schwerte, Herbede, Wetter, Hemer und Gasse nahmen Stellung zu dem Schiedsspruch. Überall wurde betont, daß der Schiedsspruch niemand befriedige. Die Versammlungen stimmten im Interesse des allgemeinen Friedens dem Schiedsspruch zu. In Hemer haben die in der ersten Verhandlung organisierten und einige unorganisierten Maurer aus Gursch vor dem Kampfe schon vor Monaten mit dem Unternehmer Zimmerhoff einen Vertrag abgeschlossen, in dem sie sich bereit erklärten, für den alten Lohn weiter zu arbeiten. Aus Dankbarkeit hat nur der Unternehmer den Lohn bis auf 42 % pro Stunde herabgesetzt. Wenn die dortigen Kollegen nicht so eine Gutmütigkeit besäßen, wäre es ja leicht, den Unternehmer zu zwingen, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Auch in Gasse legen die Kollegen seit den letzten Monaten große Interessehaftigkeit an den Tag, indem von 70 organisierten Kollegen acht Mann in der Versammlung waren. Braucht man sich da zu wundern, wenn die sattsam bekannte Belfirma Heinrich Stratzmann Stundenlöhne von 36 % zahlt?

**Annaber.** In der am Dienstag, den 12. Mai, abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Meißner über die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit. Eine große Schuld an der augenblicklichen Misere tragen, so führte Redner aus, die Junkingen, die es unterlassen haben, bei den zu begebenden Arbeiten der Unternehmer zur Verbindung zu machen, zunächst am Orte anzufragen und deutsche Arbeiter einzustellen. Erst wenn diese in nicht genügender Zahl vorhanden wären, könnten auch Ausländer beschäftigt werden. Unsere Junker freilich, die bekanntlich einen großen unheilvollen Einfluß haben, setzen ihre ganze Kraft ein für die Verdrängung von Ausländern. Sie erreichen damit, daß infolge des starken Angebots billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und die ausländischen Arbeiter nicht in so hohem Maße Erfolg, als es der Fall ist, wenn die Industrie nach Arbeitskräften sucht. Ein vom Vorstand eingegangener Antrag: „Wer vom 1. Mai ab 14 Tage arbeitslos ist, erhält die Arbeitslosenmarke unentgeltlich“, wurde gegen eine Stimme angenommen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Arbeitslosen in Wohnheim des Verbandes, Kasselstraße 2, für zur Kontrolle melden müssen. Freitags wird die Marke verabschiedet. Gestaltete wurde, daß aus dem Flur des hiesigen Baugevernehmens ein Plakat ausgehängt, dessen Inhalt besagt, daß Maurermeister Verbot in Wunhofer nach dort Maurer führt, trotzdem es dort ebenso schlecht mit der Arbeitslosigkeit steht wie hier. Kollegen, die auf das betreffende Geschäft nach Wunhofer gefahren seien, hätten ihr Geld umsonst ausgegeben. Zum Schluß verlas ein Kollege das Statut des Verbandes der Kaspermeister, worin betont wird, daß die „schwarzen Listen“ geführt werden müssen.

**Herfeld.** Der Ausgang der diesjährigen Vertragsverhandlungen hat auch unsere Kollegen nicht recht befriedigt. Sie hatten auf eine Aufbesserung der bestehenden niedrigen Löhne gehofft und sehen sich nur in ihren Erwartungen getäuscht. Der Umschlag der Wirtschaftsverhältnisse geriet die Hoffnungen. Für jeden einsichtsvollen Kollegen ist es klar, daß diesmal das Mögliche vor das Notwendige gestellt werden mußte, so schwer es auch fallen mochte. Kollege Güttmann gab den Verlauf der Verhandlungen und den Schiedsspruch in einer Versammlung bekannt. Stillschweigend und mit verstimmt Miene nahmen unsere Kollegen das Resultat. Verschiedene grölten unserer „herlichen“ Wirtschaftsverhältnisse, andere meinten, unsere Verbandsgötter hätten mehr Donnerkeile nach der Burg der feindlichen Miesen schleudern müssen usw. Nicht rückwärts, sondern vorwärts müssen nun wieder die Wege gerichtet werden, zu großer pessimismus ist nicht am Platze. Nicht alle Kollegen besitzen die notwendige Selbstbeherrschung, um der Gefahr, von der allgemeinen Abwühlung angefaßt zu werden, zu widerstehen. Hinweg mit der Engerzichtigkeit und mit der Kleinigkeiterei, aufzumeckeln auf energiegeliche Mollen und begeistertem Zorn! Eine bessere Zukunft muß erlämpft werden. In der Versammlung wurde angeregt, die Buchkontrollen auf den Bauten vorzunehmen. Kollege Schmitt wurde dazu beauftragt. Die Wahl von Bauvertragsmännern soll vorgenommen werden, um das Verbandsleben und die Solidarität mehr zu pflegen. Den kranken Orten kann dann eher eine stärkende Medizin gereicht werden. Die Organisation strenger zu gestalten, ist besser, als über neu eröffnete Bahnhöfen zu klagen, die uns nichtorganisierte Arbeiter zuführen. Wo gute Stammmannschaft vorhanden ist, da können sich verbandsgemäße Zugewinne nicht einmischen. Angst und Mißtrauen ist diesen Kollegen gegenüber verfehlt. Ein jeder hat das Recht auf Arbeit, mag er her sein, wo er will. Wir als Zentralverbändler ganz besonders müssen uns freuen, wenn die läublichen Schranken niedergebissen sind und die Kollegen hinter der Bretterwand, die ihnen den Zugang zur Welt festher verperrte, hervorkommen. Es darf nur nicht verkannt werden, diesen Kollegen sofort plausibel zu

machen, woher die besseren Verhältnisse rühren, die sie im Gegensatz zu ihrer bisherigen Arbeitsstelle antreffen. Es muß ihnen gesagt werden, daß dieses der Erfolg des Zusammenschlusses ist, an dem sie auch verpflichtet sind, teilzunehmen. Nicht als Konkurrent, sondern als Kollege muß jeder betrachtet werden. Wir dürfen die allgemeine soziale Verunsicherung unserer Kollegen nicht außer acht lassen. Im ganzen Gesellenslande wohnen unsere Kollegen in den Dörfern. Sie betreiben, je nachdem, ob sie schon proletarisiert sind, nebenbei noch Landwirtschaft, die von Eltern, Frauen und Kindern versehen wird. Nur durch diese Umstände läßt sich noch eine Lebenshaltung bei den ortsüblichen Löhnen erklären. Nach der Größe des Besitzes und nach dem Maß der Proletarisierung richtet sich in den meisten Fällen ihre Organisationsfähigkeit. Solange diese Kollegen noch etwas aufzuhaben haben, überleben die Ursachen und Wirkungen meistens nicht erkannt; der weite Weg zur Arbeit und die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung erschweren sehr die Bildungsarbeit. Die Les- und Versammlungsgelegenheit ist sehr gering. Bei der Agitation ist es eine Hauptsache, auf diese Erscheinungen zu achten und sie zu berücksichtigen.

**Kattowik.** Hier tagte am 14. Mai die regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Braunisch in der üblichen Weise gelehrt. Der Vorsitzende gedachte besonders des genannten Kollegen, weil er ein langjähriges Mitglied der Gewerkschaft sowie auch der politischen Organisation war und sich auch viel Mühe um die Bewegung gegeben hat. Danach gab Kollege Nichts einen kurzen Bericht über die am 28. April abgehaltene Konferenz. Auf dieser sei es vermerkt worden, daß der Gau Oberhiesien einige Fortschritte gemacht habe. Wenn auch langsam, so gehe die Bewegung doch vorwärts. Es sei besonders erfreulich, daß schon so viel Kräfte gewonnen sind, daß die Bauverwaltung vervollständigt werden konnte, ohne daß den Zweigvereinen irgendwelche Kräfte hätten entzogen werden müssen. Der Vorsitzende machte auf die ausgeübten Sammelkassen aufmerksam, die eine kleine Unterstützung für die Einzelvereine des Kollegen Braunisch bringen sollten. Die Sammlung ergab bisher eine Einnahme von 20,45, darunter 2 von Zweigvereinen. Auf Antrag des Kollegen Weizor wird die Sammlung noch fortgesetzt. Außerdem wurde beschlossen, für den ältesten Kollegen Thienel die Ehrenmitgliedschaft beim Hauptverband zu beantragen. Darauf hielt Kollege Waide einen Vortrag über das neue Vereinsgesetz, worin ihm lebhafter Beifall gezollt wurde. Zum Schluß las der Vorsitzende einen höchst interessanten Artikel des „Oberhiesischen Tageblatt“ vor, worin in gewöhnlicher Weise über die Maurer hergezogen wird. Kollege Schmitt verwies darauf, daß solch ein Blatt von keinem Kollegen gelesen werden dürfe. Unser Blatt sei „Die Kolonist“, ein Arbeiter- und Parteiblatt, das unsere Interessen betreffe. Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen.

**Rauf 6. Nürnberg.** Sonntag, den 17. Mai, tagte hier eine allgemeine Maurerverammlung, zu welcher Kollege Wetzl als Referent erschienen war; aber die Mehrzahl unserer Kollegen blieb der Versammlung fern. Außer dem Vorsitzenden fanden es nicht mal die Mitglieder des Zweigvereinsvorstandes der Mühe wert, in die Versammlung zu gehen — gewiß ein Verhalten von den Kollegen, das sich mit Worten nicht zu kennzeichnen läßt. In der Versammlung wurde das Verhalten unseres früheren Mitgliedes Kämpf, der, solange er als Maurer arbeitete, von dem Wert der Organisation überzeugt war, wie nicht leicht ein anderer, einer scharfen Kritik unterzogen. Seitdem er aber Kollier geworden ist, glaubt er, die Organisation sei überflüssig, und er glaubt auch, die übrigen Kollegen davon überzeugen zu müssen. Zufällig haben sich auch eine ganze Anzahl Kollegen von seinen Reden „überzeugen“ lassen und sind aus dem Verband ausgetreten. Dieser Schritt werden die Kollegen aber recht bald zu bereuen haben. Die Baukonjunktur ist in Lauf gegenwärtig schlecht. Der bisherige Vertrag konnte infolge der Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der Kollegen nicht erneuert werden, und die vertraglose Zeit, verbunden mit schlechter Geschäftslage, werden die Unternehmer, besonders Herr Schütz, recht bald zu Lohnnachzügen ansetzen; und dann können sich die Kollegen überlegen, was für sie günstiger ist, dem Auf ihrer organisierten Kollegen zu folgen, oder aber den Worten einiger Schwarzer Glauben zu schenken.

**Mainz.** Gasthelle Bischofsheim. Gegenwärtig führen die Gebrüder Feldmann von Krumpholtz zwei Wohnhäuser für die Bahnverwaltung in Bischofsheim aus. Die Unternehmer haben es verstanden, den bestehenden tarifmäßigen Stundenlohn für Bischofsheim von 50 % auf 40 % zu kürzen. Am 21. Mai wurde der Zweigvereinsbeamtete, Kollege Behn, bei dem Unternehmer vorstellig, ihn ersuchend, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Der Unternehmer erklärte, er müsse die Bauten besagen und nicht der Verband oder der Zweigvereinsbeamtete. Der Unternehmer ließ sich auf eine Eingung nicht herbei. Daraufhin fand an demselben Abend eine Versammlung von sämtlichen Arbeitern des Unternehmens statt. Die Diskussion wurde sachlich geführt. Es wurde beschlossen, vom 22. Mai an die Arbeit ruhen zu lassen, bis die Angelegenheit erledigt ist. Die Arbeit ruhte drei Stunden; der Unternehmer hatte keine andere Wahl, als den bestehenden Tarif für Bischofsheim anzuerkennen. Dies mögen sich die Arbeiter merken, daß nur durch den Verband auch bei einer schlechten Zeit eine Verfechtung der Löhne verhindert werden kann.

**Oppeln.** Nachdem hier seit mehr als einem Jahre keine Versammlung abgehalten werden konnte, ist es uns gelungen, Sonntag, den 10. Mai, im hiesigen Gewerkschaftslokale eine Mitgliederversammlung abzuhalten, die von den Kollegen leider schon besucht war. Zunächst verlas der Kollier die Abrechnung, die von den Kollegen für gut befunden wurde. Der Vorsitzende schilderte die jetzige Situation im Baugewerbe und legte klar, warum es nicht möglich war, unsere aufgestellten Forderungen bezüglich des Lohnes durchzuführen. Wie überall, gab es auch hier verschiedene Gruppierungen unter den Kollegen, die nicht genug über die Lohnkommission schimpfen konnten, hauptsächlich

über den Vorsitzenden. Es wurde ihm sogar nachgesagt, daß er sich von den Unternehmern besetzen lasse. Der Vorsitzende sagte, wenn die Oppelner Kollegen einmal Flug gehandelt hätten, so hätten sie es in diesem Jahre getan. Wäre der Vorsitzende nicht vorsichtig gewesen und hätte er es dahin kommen lassen, daß unsere Forderung in Berlin verhandelt worden wäre, dann wären wir die Geschäftsführer gewesen. Wir hätten die verprochenen 2 % nicht vom 1. April an nachbezahlt bekommen. — weil sich die Unternehmer bloß unter der Bedingung zum Zahlen verpflichtet, daß ihr Angebot bis zum 18. April von uns angenommen würde. Ebenso wäre es mit der Zulage für das nächste Jahr gewesen. Wir hätten nicht die Zulage von 4 % erreicht. Der Vorsitzende schilderte dann die Situation in Oppeln, den Kriegsplan der Unternehmer, wie auch die Vertreter der katholischen Fachabteilung, die im stillen Sand in Hand mit den Unternehmern ging. Diese Fachabteilung wollten nichts weiter als den Kampf. Schon Ende 1907 stellten sie zum Scheine Forderungen auf 40 %, um damit zu erreichen, daß wir noch höhere Forderungen stellen und damit den Kampf unvermeidlich machen sollten. Diefelbe Fachabteilung wollte schon 1906 einen Vertrag auf drei Jahre mit 28 % Stundenlohn abschließen. Die Unternehmer boten für diese Vertragsperiode bis 1910 2 % Zulage, und es wurde sofort von den Arbeiterkollegen im stillen ein Vertrag abgeschlossen; ein Beweis dafür ist, daß unsere Kollegen mit 30 % und die Vertreter mit 32 % entlohn wurden. In den zwei Verhandlungen, die zwischen uns und den Unternehmern stattfanden, haben sich die Unternehmer bereitwillig gefügt, uns für das Jahr 1909 eine Zulage von 4 % anzufragen, was wir jedoch bei der Verhandlung ablehnten. Als die Vertreter der katholischen Fachabteilung wurde, bekam das Angebot der Unternehmer ein anderes Gesicht. Die Unternehmer hatten es bloß gemacht, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Wieder sie noch ihre Streikbrecherorganisation haben darauf gerechnet, daß wir das Angebot annehmen würden, sondern erwarteten einen Kampf, in dem sie uns, begünstigt durch die schlechte Konjunktur, abschlagen wollten. Auch unsere Kollegen sind enttäuscht worden. Sie konnten nicht verstehen, warum der Vorsitzende am 18. April zur allerletzten Stunde eine gemeinsame Sitzung einberufen hatte, in der er das Angebot bringend zur Annahme empfahl, dem sich auch die Gauleiter der Maurer, Zimmerer und der christlichen Organisation anschlossen. Kollege Langsch berichtete über die Verhandlung selbst. Der Vorsitzende gab zu bedenken, daß die Kritik der Lohnbewegung nie in einer Mitgliederversammlung, sondern nur in einem engen Kreise besprochen werden könne, damit wir dem Gegner die Stellung nicht vertragen. Der Gegner mache es ebenfalls so. Diese Darlegungen überzeugten die Versammlung, denn nun sprach kein einziger Redner mehr dagegen. Bei der Vorstandschaft der Vorstände, einen geeigneten Kollegen zu wählen, der es allen recht machen könne. Um den Verhandlungen von manden auszufallen Kollegen ein Ende zu machen, lege er sein Amt in die Hände der Kollegen zurück. Mit dieser Amtsniederlegung waren indes die Kollegen durchaus nicht einverstanden. Kollege Langsch schilderte die Schwierigkeiten der Geschäftsführung und rebete dem Vorsitzenden ab, das Amt wieder anzunehmen. In so bedrängter Zeit dürfe man nicht schmolend dahingehen. Bei der Wahl fielen sämtliche Stimmen auf den bisherigen Vorsitzenden, der angesichts dieser Vertrauensniederlegung seinen ablehnenden Standpunkt aufgab. Mit Ausnahme für den stellvertretenden Vorsitzenden wurden auch die anderen Vorstandsmitglieder wiedergewählt, für den auszufallenden Kollegen wurde Kollege Bernath gewählt. Zu Delegierte zur Konferenz bestimmte man Wundrich und Wismöck. Unter „Verschiedenes“ wurde das bisherige Mitglied Stanislaus Wylly wegen Vergehens gegen § 37 b des Statuts ausgeschlossen, womit die Tagesordnung erschöpft war.

**Wiesbaden.** Auch in dem finsternen Winkel des bayerischen Waldes wird es schon allmählich lichter. Sonntag, den 17. Mai, tagte hier eine allgemeine Maurerverammlung mit der Tagesordnung: „Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, ihre Ziele und Bestrebungen“. Der Maurer Rupert Stadler aus München referierte hierüber in einer halbstündigen Rede. Er führte den anwesenden Maurern vor Augen, wie notwendig es sei, sich der Organisation anzuschließen. Die Worte des Kollegen R. Stadler sind nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen, denn am Schluß der Versammlung stiegen sich sofort sämtliche anwesenden Maurer in den Verband auf und es wurde zugleich eine Gasthelle der Maurer gegründet.

## Betralkrankenkasse.

(Grundstein zur Eingängigkeit.)

In der Woche vom 17. bis 23. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Groß-Lichterfeld M. 350, Hermsdorf 175, Malsdorf 150, Gulsow 150, Wiesenburg 120, Neusselle 100, Seyda 100, Netra 100, Witte 100. Summa M. 1345.

Zufließen erhielten: Stuttgart M. 300, Karlsruhe i. B. 200, Mühlenbeck 200, Wilmersdorf 200, Heubach i. Hessen 100, Füllbach 150, Langensfeld 120, Frankfurt 100, Oberau 100, Gassel 100, Markhausen 100, Eggeln 75, Langensfeld 75, Oppau (Wals) 50, Wesselsleben 50, Nieberbreiß 35. Summa M. 2005.

Altona, den 23. Mai 1908.

Karl Reith, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

**Wittelborn.** Am Neubau des Bahnhofshotels am Mühlstein führte ein 1½ Stein harter Bogen von 3½ m Spannweite ein, als er ausgegallt wurde. Der in der Nähe mit anderen Arbeiten beschäftigte Maurer Philipp Götsch aus Wittelborn wurde mit in die Tiefe, etwa 8 m, gerissen;



